



Gerhard Engel | Stefan Rappenglück

# Jugendpolitik im Aufwind?

Stand und Empfehlungen zur Umsetzung  
des Berichts der Enquête-Kommission  
„Jungsein in Bayern“ des Bayerischen Landtags

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

**BAYERN**  **FORUM**

FORUM SOZIALPOLITIK



Gerhard Engel | Stefan Rappenglück

# Jugendpolitik im Aufwind?

Stand und Empfehlungen zur Umsetzung  
des Berichts der Enquête-Kommission  
„Jungsein in Bayern“ des Bayerischen Landtags

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

  
**BAYERNFORUM**

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

**BAYERNFORUM**

Das Positionspapier wird vom BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Impressum: BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung | Prielmayerstraße 3 | 80335 München  
Gestaltung: Volk Verlag München | Printed in Germany 2011 | ISBN 978-3-86872-621-3

## Inhaltsverzeichnis

Vorworte	7
<b>Einleitung</b>	9
<b>I Allgemeine und kapitelübergreifende Forderungen des Enquête-Berichts</b>	12
<b>1. Laufende Aktualisierung der jugendbezogenen Wissensbasis</b>	12
1.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite	
1.2 Stand der Umsetzung	
1.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen	
<b>2. Wandel und Vielfalt: Herausforderungen für Jugend und Jugendpolitik</b>	14
2.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite	
2.2 Stand der Umsetzung	
2.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen	
<b>3. Ein neues Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung?</b>	16
3.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite	
3.2 Stand der Umsetzung	
3.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen	
<b>II Junges Engagement in unserer Gesellschaft</b>	18
<b>1. Jugendverbandsarbeit, offene Jugendarbeit und Beteiligungsformen</b>	18
1.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite	
1.2 Stand der Umsetzung	
1.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen	
<b>III Jugend und Migration</b>	20
<b>1. Jugendliche mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Jugendarbeit</b>	20
1.1 Statistische Eckdaten	
1.2 Leitlinien des Berichts der Enquête-Kommission	
1.3 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite	
1.4 Stand der Umsetzung	
1.5 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen	
<b>IV Grundsätzliche Überlegungen zur Umsetzung des Enquête-Berichts – Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen</b>	28
Literaturverzeichnis	31
Die Autoren	32



## Vorwort

Jugendpolitik in all ihren Facetten ist eine Investition in die Zukunft. Sie legt die Grundlagen für ein Aufwachsen der jungen Generation als verantwortungsvolle Menschen, für Bildungsgerechtigkeit, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren der Gesellschaft von morgen. Trotz dieser Erkenntnis bleibt die jugendpolitische Realität oft hinter den hohen Ansprüchen zurück. Ein umfassender jugendpolitischer Ansatz muss von den Lebensrealitäten junger Menschen ausgehen und verschiedene Politikbereiche sinnvoll verzahnen – von der Jugendhilfe und der Familienpolitik über die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Gewaltprävention und der Förderung von politischer Partizipation und Engagement, um nur einige Beispiele zu nennen.

Der Bayerische Landtag hatte es sich mit der Einsetzung der Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommende Generation“ am 10. Mai 2005 zur Aufgabe gesetzt, dieser Komplexität durch die Erarbeitung einer breiten Grundlage für die Jugendpolitik in Bayern gerecht zu werden. Der am 17. Juli 2008 präsentierte Abschlussbericht der Kommission zeichnet nicht nur ein Bild der vielfältigen Lebensrealitäten junger Menschen in Bayern, er geht auch detailliert auf die Politikbereiche ein, von denen Jugendliche betroffen sind, und gibt zahlreiche Handlungsempfehlungen zur Neuorientierung der bayerischen Jugendpolitik.

So groß die Hoffnung nach Abschluss der Enquête-Kommission auf eine neue, zeitgemäße und zukunftsfähige Jugendpolitik war, so groß scheint jetzt, fast sechs Jahre später, bei vielen Akteuren/innen die Enttäuschung. Von wenigen Einzelinitiativen abgesehen, hat der Enquête-Bericht bis jetzt keine umfassende und koordinierte Umsetzung erfahren. Dies geht in erster Linie zu Lasten derer, die im Mittelpunkt der Kommissionsarbeit standen: der jungen Menschen und ihrer Zukunft in Bayern.

Welche Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission sind es wert, in Erinnerung gerufen zu werden? Was hat sich seit der Vorstellung des Abschlussberichts bei der Umsetzung getan? Und vor allem: welche weiteren Schritte sind notwendig, um die Jugendpolitik in Bayern im Sinne der Enquête-Kommission auf ein neues, zukunftsfähiges Fundament zu stellen?

Das vorliegende Papier des BayernForums soll dazu beitragen, die Debatte um die wertvollen Erkennt-

nisse der Enquête-Kommission und ihre Umsetzung wiederzubeleben und weiter voranzutreiben.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich den Werten der Sozialen Demokratie verpflichtet sieht, ist es ein besonderes Anliegen, in den verschiedenen Bereichen ihrer Arbeit auf die Schaffung einer jugendgerechten Gesellschaft und auf gerechte Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen hinzuwirken. Soziale Demokratie basiert auf der Überzeugung, dass gleiche Zukunftschancen, Bildungsgerechtigkeit und Partizipation aller gesellschaftlicher Gruppen elementare Voraussetzungen für das Funktionieren unseres demokratischen Gemeinwesens sind. Das bedeutet auch, dass gerade die junge Generation in einem gesellschaftlichen Umfeld aufwachsen muss, das ihr gesellschaftliche und politische Teilhabe genauso ermöglicht wie eine umfassende Bildung und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Dies müssen die zentralen Eckpunkte einer verantwortungsvollen Jugendpolitik sein.

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“, dieses Motto leitet auch die jugendpolitischen Angebote des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Jugendliche motivieren wollen, sich in die Gestaltung von Politik und Gesellschaft einzumischen – ob im Planspiel Kommunalpolitik, beim Zivilcourage-Workshop oder beim Projekttag gegen Rechts.

Doch nicht nur diese eigenen Partizipationserfahrungen sind wichtig, auch die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland und Bayern müssen so gesetzt sein, dass junge Menschen aktiver Teil unserer Gesellschaft sind. Diese Politik zu gestalten war Anliegen der Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern“, ihre Umsetzung befördern möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt mit dem vorliegenden Papier – damit die Jugendpolitik in Bayern wieder „Aufwind“ bekommt.

*Alina Fuchs*  
BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Vorwort

Am 10. Mai 2011 sind sechs Jahre vergangen, seit der Bayerische Landtag mit viel Aufwand in seiner 15. Wahlperiode die Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ eingerichtet hat. Die Mitglieder und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Enquête-Kommission haben mit großem Engagement über drei Jahre und 52 Sitzungen hinweg einen Abschlussbericht mit 264 Seiten erarbeitet – mit einer ganzen Reihe von konkreten Handlungsempfehlungen an die Politik.

Außerhalb der politischen Gremien, in der Fachwelt, bei den gesellschaftlichen Organisationen und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, ist der ergebnisreiche Abschlussbericht auf großes Interesse gestoßen. Doch im „parlamentarischen Betrieb“ ist seitdem nahezu nichts passiert. Mehrere Anträge meiner Fraktion im Landtag wurden niedergestimmt. Erfolgreich war nur ein interfraktioneller Antrag zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms – eine der Hauptforderungen der Enquête-Kommission. Doch auch hier sind bisher noch keine Ergebnisse oder Diskussionsansätze bekannt geworden.

Sechs vergangene Jahre, in denen vielfach Hoffnungen geweckt wurden, dass durch die Enquête-Kommission Bewegung in die Jugendpolitik in Bayern kommen könnte. Dies ist bisher jedoch nirgends erkennbar und führt zu Rätselraten über das weitere Vorgehen bzw. darüber, ob überhaupt noch Konsequenzen aus dem Bericht zu erwarten sind. Wenn diese ungeklärte Situation nicht umgehend durch belegbare Aussagen über zielführende Aktivitäten bereinigt wird, kann dies nur zu weiterer Verstärkung von Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit führen. Ziel der im Landtag am 10. Mai 2005 einstimmig erfolgten Einsetzung der Enquête-Kommission war aber unter anderem, gerade das Gegenteil zu erreichen.

Ich bin der Meinung, dass wir als (nicht-)handelnde Politiker die letzte Glaubwürdigkeit der Politik in der Frage zielgerichteter Jugendpolitik verspielen, wenn sich Parlament und Staatsregierung nicht endlich an die Umsetzung des Berichts machen. Das Mindeste ist doch, nach so viel Aufwand einer Enquête-Kommission, die Ergebnisse abzarbeiten und den Beteiligten und Betroffenen eine Rückmeldung zu geben.

Was uns bleibt sind der Wunsch und das Bemühen, die guten und wichtigen Ergebnisse und Ansätze der Jugend-Enquête immer wieder in den politi-

schen Prozess und in die Diskussion einzubringen. In diesem Sinne bin ich der Friedrich-Ebert-Stiftung dankbar, dass sie die vorliegende Schrift zur Jugendpolitik „Jugendpolitik im Aufwind?“ kompakt und kompetent zusammengestellt hat und der Politik damit einige unbequeme Fragen zur Umsetzung der Ergebnisse stellt. Die FES schließt mit der Publikation auch eine Lücke, die entstanden ist, weil eine Veröffentlichung des Enquête-Berichts durch die Landeszentrale für politische Bildung, wie im Bayerischen Landtag beschlossen, nie stattgefunden hat. Damit sollten die Ergebnisse und Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zugeführt und auch breit diskutiert werden. Aber vielleicht war dies nie wirklich erwünscht.

In diesem Sinne freut es mich, dass mit „Jugendpolitik im Aufwind?“ ein neuer Aufschlag für die Thesen und Forderungen der Enquête-Kommission gemacht wird. Wie berechtigt das Fragezeichen am Ende des Titels ist, wird sich dann beweisen!

*Dr. Linus Förster, MdL*

Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und ehem. stellv. Vorsitzender der Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern“

## Einleitung

Die Pluralisierung der Lebenslagen und die wirtschaftliche wie gesamtgesellschaftliche Entwicklung der letzten zwanzig Jahre haben erhebliche Auswirkung auf Jugendliche. Jugendliche sehen sich heute im Vergleich mit früheren Jugendgenerationen mit vielfältigen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Es gibt nicht mehr die Jugend, sondern sich stetig wandelnde Jugendkulturen. Zudem muss eine immer größere Anzahl von jungen Menschen ihre soziale und gesellschaftliche Integration unter erschwerten Bedingungen bewältigen.

Auf diese Entwicklung muss eine zeitgemäße Jugendpolitik – auf der Basis aktueller Befunde und Analysen und durch die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe – adäquate Antworten finden.

Wichtiges Instrumentarium hierzu ist das Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, das die Grundlage der Jugendarbeit von den Gemeinden über die Landkreise bis zur Landesebene darstellt. Das aktuelle Programm ist mittlerweile 12 Jahre alt und muss dringend fortgeschrieben werden.

Mit Beschluss des Bayerischen Landtags vom 10.05.2005 (Drs.15/3386) wurde die Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ gegründet. Die Kommission „soll[te] ausgehend von den Lebenslagen junger Menschen – unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede – darlegen, welche Schwerpunkte zukünftig für die Jugendpolitik in Bayern zu setzen sind“<sup>1</sup>.

Die Kommission bestand aus sechs Abgeordneten und fünf externen Sachverständigen. Darüber hinaus nahmen regelmäßig Vertreter/innen der Bayerischen Staatsregierung sowie Gastreferenten/innen zu den spezifischen Beratungsthemen teil.

Vorsitzender war bis zum 6.11.2007 Bernd Sibling, von der CSU-Fraktion, zu seinem Nachfolger wurde Josef Zellmeier, ebenfalls Mitglied der CSU-Fraktion benannt. Stellvertretender Vorsitzender war in der gesamten Amtsdauer Dr. Linus Förster, jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Die Kommission traf sich ab dem 5.7.2007 in ihrer über dreijährigen Tätigkeit zu 52 Sitzungen sowie zahlreichen Expertenhearings im Bayerischen Landtag und vor „Ort.“

Am 17.7.2008 wurden die Ergebnisse der Kommission durch ihren Vorsitzenden Josef Zellmeier in der öffentlichen Landtagsdebatte vorgestellt.

Die Enquête-Kommission hat einen gut 250 Seiten langen Bericht vorgelegt mit einer ausführlichen Analyse und Diskussion jugendpolitischer Lebensbereiche<sup>2</sup>:

- Allgemeine statistische Daten zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Lebenslagen junger Menschen
- Werte, Orientierungen und Selbstwahrnehmungen
- Freizeit, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation
- Junge Menschen in Schule und Bildung
- Junge Menschen in Ausbildung und Beruf
- Jugendinformation, Kultur und Medien
- Gesundheit und Jugendschutz
- Jugend und Gewalt-Extremismus
- Geschlechtsspezifische Situation der Jugendlichen
- Geschlechterbeziehungen, Rollenverständnis und Sexualität
- Jugend mit Behinderung
- Jugendliche mit Migrationshintergrund
- Jugend und Ökologie

Aus dieser umfassenden Analyse wurden zahlreiche Handlungsempfehlungen für eine Neuorientierung der Jugendpolitik in Bayern abgeleitet.

Als besonders umstritten stellten sich in den Debatten die Bereiche Bildungspolitik und Jugendliche mit Migrationshintergrund dar. Die kontroversen Diskussionen zu diesen Themen spiegeln sich auch in den verschiedenen Voten und Gegenvoten der Fraktionen und einzelner Kommissionsmitglieder im Abschlussbericht wider.

Zu den wichtigsten kapitelübergreifenden fachlichen Empfehlungen zählt die Anregung, ein neues Kinder- und Jugendprogramm in der nächsten Legislaturperiode auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen.<sup>3</sup> Dieses sollte auf den Ergebnissen der Kommission aufbauen, deren Empfehlungen aufgreifen und eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung vorsehen.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Bayerischer Landtag, 15. Wahlperiode, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern –Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S.1.

<sup>2</sup> Vgl. ebd.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., Ziffer 1356.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., Ziffer 1357.

Darüber hinaus wurde die Staatsregierung aufgefordert, zur Mitte der Legislaturperiode dem Landtag einen Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen zu erstatten.<sup>5</sup>

In der Vorstellung des Abschlussberichts der Enquête-Kommission in der Plenarsitzung des Bayerischen Landtags wurden diese Forderungen noch einmal bekräftigt.

Laut Aussage des Vorsitzenden der Enquête-Kommission in der Plenarsitzung vom 17.07.2008 sollte die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Herbst den Bericht, ergänzt um ein Glossar und Quellenangaben, veröffentlichen. Dieser Bericht liegt bis heute nicht vor.

Auch wurden in der Plenardebatte die Forderungen nach einem neuen Kinder- und Jugendprogramm sowie nach einer Berichterstattung über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen explizit bekräftigt.

Ebenfalls wurde auf die Problematik hingewiesen, dass künftig mehr Erhebungen durchzuführen seien, weil viele jugendspezifische Daten zur Politikformulierung fehlen.

Weiterhin wurde gefordert, dass sich alle Fraktionen im Landtag verstärkt mit der Jugendpolitik beschäftigen und mehr Initiativen in diesem Bereich einbringen.<sup>6</sup>

Kritisch wurde vor allem vom stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission, Dr. Linus Förster, auf den Zeitdruck bei der Erstellung des Schlussberichtes und die zunehmende Beeinflussung des Kapitels B zur Bildungspolitik durch Vertreter/innen des Bayerischen Staatsministeriums für Kultur hingewiesen. Auch die Nichtöffentlichkeit der Kommission bewertete er als problematisch.<sup>7</sup>

Angesichts des über dreijährigen Informations- und Beratungsprozesses unter Beteiligung einer Vielzahl von Expertinnen und Experten der Jugendarbeit sowie Vertreterinnen und Vertretern bayerischer Staatsministerien stellt sich die zentrale Frage, welche konkreten Folgen sich durch

die Arbeit der Kommission und den Abschlussbericht für eine zeitgemäße Jugendpolitik ergeben haben.

Die Bilanz fällt in einem ersten Schritt eher ernüchternd aus.

Die Präsentation des Abschlussberichtes fand am Ende der letzten Legislaturperiode in einer der letzten Plenardebatten wenig Beachtung. Bezeichnend war, dass bei der Vorstellung und Diskussion des Abschlussberichtes viele Abgeordnete den Plenarsaal verließen und die Präsentation vor einem kleinen Plenum stattfand.

Sicherlich auch bedingt durch die Neukonstituierung des Bayerischen Landtags haben eine intensivere parlamentarische Diskussion und die intendierte Stärkung und Neuorientierung der Jugendpolitik bisher nicht stattgefunden.

In der laufenden Legislaturperiode sind zwar einige Anträge in Bezug auf die Arbeit der Enquête-Kommission gestellt worden. Die von der SPD-Landtagsfraktion initiierten Anträge auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Umsetzung des Enquête-Berichts<sup>8</sup> sowie auf Erstattung eines Zwischenberichtes der Bayerischen Staatsregierung noch vor der Sommerpause in diesem Jahr<sup>9</sup> wurden jedoch beide von der Mehrheit im Landtagsplenum abgelehnt.<sup>10</sup>

Lediglich der parteiübergreifende Antrag 16/3169 vom 18.01.2010 zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms nach Empfehlung der Kommission in Ziffer 1356 f und zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe der beiden für die Jugendhilfe zuständigen Ministerien wurde am 14.04.2010 vom Plenum des Bayerischen Landtags angenommen.<sup>11</sup>

Es stellt sich daher die Frage, welche politischen Schlüsse aus der Vielzahl der im Bericht festgehaltenen Analysen, dargelegten Defiziten und Handlungsempfehlungen für die bayerische Jugendpolitik tatsächlich gezogen worden sind bzw. noch zu

<sup>5</sup> Vgl. ebd., Ziffer 1359.

<sup>6</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 15/130 vom 17.07.2008, S. 9577 und 9580.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 9583-9585.

<sup>8</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2302 vom 15.10.2009.

<sup>9</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4772 vom 05.05.2010.

<sup>10</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4536 vom 14.04.2010.

<sup>11</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4515 vom 14.04.2010.

ziehen sind, wie der Stand der Umsetzung ist und welche weiteren Schritte notwendig sind.

Das vorliegende Papier will hierzu einen Beitrag leisten und die inhaltliche Debatte zum Enquête-Bericht aufgreifen und wiederbeleben.

Angesichts der Fülle der in der Kommission diskutierten jugendpolitischen Herausforderungen konzentriert sich das Papier auf einige ausgewählte jugendpolitische Themen, die einerseits in der Kommission intensiv behandelt worden sind und andererseits den Autoren als besonders relevant für eine Neuorientierung der Jugendpolitik in Bayern erscheinen.

Die folgenden Ausführungen sind in vier Abschnitte gegliedert.

Teil I analysiert allgemeine und kapitelübergreifende Forderungen des Enquête-Berichts und die damit zusammenhängenden Empfehlungen. Das Kapitel beschäftigt sich vor allem mit der Frage nach der notwendigen Datenbasis für eine zeitgemäße Gestaltung von Jugendpolitik, mit den grundsätzlichen Anforderungen an Jugendpolitik angesichts der Veränderungen der Jugendphase und mit der Notwendigkeit eines neuen Kinder- und Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung.

Im zweiten Teil (Junges Engagement in unserer Gesellschaft) werden die Empfehlungen der Kommission zum breiten Feld der Jugendverbandarbeit, der offenen Jugendarbeit sowie zu Beteiligungsformen aufgegriffen und im Hinblick auf ihre Umsetzung kritisch reflektiert. Gerade die Empfehlungen zum Kapitel C „Freizeit, Engagement, Beteiligung“ der Kommission enthalten eine sehr konkrete Liste von Vorschlägen, mit denen das Engagement junger Menschen gefördert werden kann. Ein besonderer Stellenwert fällt hierbei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements zu.

Der dritte Abschnitt thematisiert eine für die zukünftige jugend- und gesellschaftspolitische Entwicklung komplexe Thematik, nämlich die Situationen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern und die damit verbundenen Herausforderungen und Konsequenzen. Er beschreibt die Situationen von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern, stellt die wesentlichen Zielsetzungen und Empfehlungen der Kommission dar und leitet weitere Schlussfolgerungen ab. Bereits die umfangreiche Erörterung im Rahmen der Kommissionsarbeit

zeigt die Notwendigkeit einer wesentlich stärkeren Beschäftigung mit migrationspolitischen Aspekten für eine zeitgemäße Jugendpolitik.

Das Papier schließt mit grundsätzlichen Überlegungen zum Enquête-Bericht und fordert eine Umsetzungsstrategie, die auch die Verabschiedung eines neuen Kinder- und Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung beinhaltet.

## I Allgemeine und kapitelübergreifende Forderungen des Enquête-Berichts

Bevor auf einzelne Politikbereiche eingegangen wird, sollen im Folgenden einige allgemeine Forderungen des Enquête-Berichts und ihre bisherige Umsetzung betrachtet werden. Dabei wird zunächst ein Blick auf die Datenbasis und ihre Bewertung geworfen, sodann auf die zentralen Thesen, die die Enquête-Kommission zur Beschreibung der grundlegenden gesellschaftlichen Lebensumstände heutiger junger Menschen herangezogen hat und vertritt.

### 1. Laufende Aktualisierung der jugendbezogenen Wissensbasis

#### 1.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite

Für die Arbeit der Enquête-Kommission waren Themen und Gliederung in einem Landtagsbeschluss festgelegt (s. Einleitung). Dieser besagte, dass zunächst ein Teil mit allgemeinen statistischen Grundlagen zu erstellen sei.<sup>12</sup> Hier stieß die Kommission auf enge Grenzen, da sie verständlicherweise keine eigenen Erhebungen vornehmen konnte, sondern auf vorhandene Daten anderer Einrichtungen (insbesondere des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung) und Erhebungen oder Studien zurückgreifen musste.

Befriedigend war dies weitgehend nur im Bereich der Bevölkerungsstatistik. Der Bericht enthält einen sehr guten Datenteil zur Verteilung von Altersgruppen, auch regional gegliedert, und zeigt die Unterschiede zwischen Stadt und Land auf.

Die Prognosen für die zukünftige Entwicklung zeigen keine Überraschungen: Der Anteil der jüngeren Altersgruppen wird immer geringer, der Anteil der (jungen) Menschen mit Migrationshintergrund nimmt zu, und die regionalen Entwicklungen werden sehr unterschiedlich sein. Daraus ergeben sich massive Folgen für die erforderliche jugendpolitische Infrastruktur und die Entwicklung der Angebote sowie für die allgemeine jugendpolitische Diskussion. Hierzu gehört auch die Frage, welches Gewicht die junge Generation zukünftig im politischen Diskurs hat, wenn ihr Anteil an der Wahlbevölkerung vergleichsweise zu den Gruppen der Senioren/innen immer kleiner wird.

Die statistischen Materialien, auf die zurückgegriffen werden konnte, weisen verschiedene Defizite auf. So gehen beispielsweise die Daten über Familienstruktu-

ren in Bayern überwiegend von der Sicht Erwachsener aus, für kinder- und jugendpolitisch relevante Grundlagen wäre aber die Perspektive von Kindern und Jugendlichen wichtig.

*„Die Enquête-Kommission hat sich bemüht, vor allem bei den amtlichen Daten nicht nur aus der Perspektive der Erwachsenen bzw. der Institutionen der Erwachsenen zu beschreiben, sondern auch den Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen einzunehmen [...]. Es könnte ein starker Impuls für die Jugendpolitik und die öffentliche Diskussion um Jugend sein, wenn zukünftig einschlägige Daten häufiger auch unter dem zweiten Blickwinkel verfügbar wären.“<sup>13</sup>*

Wenig ergiebig ist zudem – außer bei den genannten Bevölkerungserhebungen – die Datenbasis zu inhaltlichen Fragestellungen, die sich ausschließlich auf Bayern beziehen und dann in der Tiefe regional gegliedert sind. So lassen sich bisher praktisch keine eigenen Aussagen darüber machen, ob es z.B. differierende Haltungen junger Menschen in Bayern gibt zu Fragen wie Heimat, Ökologie, Sexualität, Religion usw. Vielmehr handelt es sich weitgehend nur um Ableitungen aus der Situation in ganz Deutschland.

Schwierig wird es auch, wenn man die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der jungen Generation näher beschreiben will.

*„Die wirtschaftliche Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen lässt sich statistisch nur indirekt und zum Teil nur näherungsweise abbilden. Je nachdem, welches Kriterium man zugrundelegt, erhält man sehr unterschiedliche Werte. Den zum Teil heftig ausgetragenen Kontroversen über den Umfang von Kinderarmut liegen nicht selten unterschiedliche Kriterien und Modelle der Berechnung zugrunde.“<sup>14</sup>*

Die Darstellung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse erfolgt im Enquête-Bericht entsprechend dem Mikrozensus 2006 für Privathaushalte nach Alter des jüngsten Kindes, überwiegendem Lebensunterhalt des Haupteinkommensbeziehers sowie monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts. Direkt von Kindern und Jugendlichen ausgehende Daten gibt es nicht.

<sup>12</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, 15. Wahlperiode, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S. 30-41: „3.1 A. Allgemeine Statistische Daten – zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebenslagen junger Menschen“.

<sup>13</sup> Ebd., S. 41.

<sup>14</sup> Ebd., S. 38.

## 1.2 Stand der Umsetzung

In der Frage der jugendbezogenen Wissensbasis formulierte die Enquête-Kommission keine eigenen Handlungsempfehlungen. Lediglich ein Minderheitsvotum (s.u.) griff dieses Thema auf.

Allerdings klingt an vielen Stellen deutlich an, dass die vorliegende Datensituation unbefriedigend ist, insbesondere die fehlende Subjektperspektive von Kindern und Jugendlichen wird bemängelt.

## 1.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen

Das Parlament ist nun gefordert für zukünftige oder ergänzende Datenerhebungen entsprechende Arbeitsaufträge erteilen.

Die dünne Lage an Daten – besonders was die ökonomische Situation von Kindern und Jugendlichen anbelangt – ist für eine bedarfs- und bedürfnisorientierte Gestaltung von Jugendhilfepolitik nicht hilfreich. Sowohl die Infrastruktur- und die Personalbedarfsplanung als auch die Entwicklung von Angeboten und Maßnahmen müssen einen Bezug herstellen zur Lage der jungen Generation. Letztlich überlässt die Landespolitik dieses Problem wie so oft den Kommunen, die im Rahmen der Jugendhilfeplanung damit zurecht kommen müssen.

Freilich darf man die Aussagekraft der Statistiken nicht überbewerten. Im Bericht wird darauf auch hingewiesen. „Beschrieben werden damit Wahrscheinlichkeitsräume – mehr nicht. Aussagen in Bezug z. B. auf einzelne Jugendliche oder kleine Gruppen von ihnen sind damit nicht möglich.“<sup>15</sup>

Handlungsorientierungen, so sollte man aber hinzufügen, bieten sie sehr wohl: Gäbe es z.B. auf Bayern oder bayerische Regionen bezogene, differenzierte Daten zum Freizeitverhalten, zum inhaltlichen Interesse an Engagement, zu jugendlichen Meinungen über Nachmittagsangebote etc., dann könnte Jugendpolitik darauf aufbauend zielgenauer Leitlinien entwickeln und im Verbund mit den anderen verantwortlichen Ebenen ein Gesamtkonzept entwickeln.

Eine Forderung zu diesen Erkenntnissen muss daher ganz klar lauten, dass eine laufende Aktualisierung sowie eine breitere und tiefere Erfassung der jugendbezogenen Wissensbasis erforderlich sind. Auch wenn man von einer steten Angleichung der Lebens-

verhältnisse in Deutschland ausgeht, erscheinen spezifisch bayerische Daten für die Gestaltung von Kinder- und Jugendpolitik sinnvoll, ja notwendig. Eine Ausdifferenzierung nach Bezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten bringt immer wieder erstaunliche Unterschiede zu Tage, wie etwa im Bereich Bildungspolitik die enorm voneinander abweichenden Abiturientenquoten in verschiedenen bayerischen Landkreisen markant belegen.

Eine grundsätzlich hilfreiche Darstellung sozialer Wirklichkeit stellt der Bericht zur sozialen Lage des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen dar<sup>16</sup>. Hier bietet sich die Gelegenheit, deutlicher die Situation und Perspektive von Kindern und Jugendlichen aufzugreifen und den Bericht in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Darüber sollte sich im Landtag und mit dem Ministerium Einigkeit erzielen lassen können.

Um den Mangel an differenzierten Daten über die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Bayern zu beseitigen, wäre darüber hinaus die Umsetzung des Vorschlags der SPD in der Enquête-Kommission hilfreich:

*„In Anlehnung an den gesetzlich verankerten Jugendbericht der Bundesregierung (KJHG) sollte Bayern ebenfalls einmal pro Legislaturperiode einen bayerischen Kinder- und Jugendbericht erstellen. Auch dieser sollte von einer unabhängigen Expertenkommission erarbeitet und dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden. Bayern hat eine so starke kulturelle Eigenständigkeit, dass es lohnend und erforderlich wäre, für solche Berichte, die jeweils spezielle Themen behandeln könnten, eigene bayerische Daten zu erheben. Der Mangel an solchen bayerischen Daten war eines der Defizite in der Arbeit der Enquête.“<sup>17</sup>*

Der Vorschlag brachte es aber leider nur zu einem „Minderheitsvotum“ in der Kommission. Hierzu müssen nun fraktionsübergreifend neue Anläufe unternommen werden. Auch der Bayerische Jugendring und der Landesjugendhilfeausschuss prüfen, ob sie dieses Thema nicht unterstützen wollen.

<sup>15</sup> Ebd., S. 40.

<sup>16</sup> Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.), Soziale Lage Bayern 2010.

<sup>17</sup> Bayerischer Landtag, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S. 227, Votum 672.

## 2. Wandel und Vielfalt: Herausforderungen für Jugend und Jugendpolitik

### 2.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite

Eine zentrale Erkenntnis des Enquête-Berichts lautet, dass die heutige Jugend ein „Aufwachsen im Wandel“ bewältigen muss. Dies wird in vielerlei Hinsicht ausgeführt. Berührt sind davon sozialer und gesellschaftlicher Wandel, die Veränderung der Bindungskräfte von Organisationen ebenso wie der Wandel von Werten, Moralvorstellungen, Moden und Sinnentwürfen, die Erweiterungen der technischen und medialen Möglichkeiten sowie der Mobilität, der interkulturellen Begegnung und vieles mehr. Die Frage dabei ist, wie sehr Politik diese Situation nicht nur verbal benennt, sondern wie stark sie die sich wandelnden Rahmenbedingungen in ihre jugendpolitische Programmatik integriert.

Ähnliches gilt für die These von der Vielfalt von Lebensformen. Diese, so der Abschlussbericht,

*„stellt eine Herausforderung für jede Form von Jugendpolitik dar, weil sie mit jedem Vorhaben fast unvermeidlich Gefahr läuft, nur einen Ausschnitt von Jugend in den Blick zu nehmen und gleichzeitig alle anderen Jugendlichen auszublenden. Diese Rahmenbedingungen allerdings sind nicht einfach gegeben, sondern müssen politisch gewollt und durchgesetzt werden. Es ist Aufgabe von Jugendpolitik, die dafür öffentlich notwendigen Möglichkeiten, Unterstützungs- und Förderungsformen bereitzustellen.“<sup>18</sup>*

Deshalb betont die Enquête weiter, zukunftsorientierte Jugendpolitik müsse

*„die Vielfalt der jugendlichen Lebensformen im politischen und öffentlichen Raum sichtbar werden lassen und zur Sprache bringen, die Perspektive der Jugendlichen ernst und zu einem eigenen Ausgangspunkt nehmen. Beteiligung und die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten sind dabei zentrale Voraussetzungen.“<sup>19</sup>*

*„Zugleich folgen aus der Globalisierung der Wirtschaft und den ihr innewohnenden Steigerungs- und Beschleunigungsdynamiken, dass die Erwartungen an das Jugendalter steigen, die Zeiten für die Bewältigung der Aufgaben aber kürzer werden.*

*Denn es muss in kürzerer Zeit von vielen Jugendlichen mehr gelernt und geklärt werden.“<sup>20</sup>*

Das seien zum einen unabwiesbare Folgen der zunehmenden Dynamik technisierter und globalisierter Gesellschaften; zum anderen aber werde dies forciert durch bildungspolitische Zuspitzungen der letzten Jahre, vom Zwang, schneller zum Abitur, schneller zum Hochschulabschluss kommen zu müssen.

### 2.2 Stand der Umsetzung

Diese Widersprüche in der bisherigen jugendpolitischen Praxis, die zu Lasten der Spielräume für Persönlichkeitsentwicklung, Selbstentfaltung und der Lebensqualität junger Menschen gehen, wurden durch politische Entscheidungen der letzten zehn Jahre verschärft. Es gibt zwar kritische Auseinandersetzungen zu diesen Entwicklungen, aber nur wenig politische Ansätze für Änderungen. Es überrascht nicht, dass es gerade Entscheidungen im Bereich der Bildungspolitik sind, die hier angeführt werden müssen, denn diese beeinflusst die Möglichkeiten selbstgestalteter Lebensführung bei jungen Menschen so stark wie kein anderer Politikbereich.

Immerhin stellen z.B. die sozialdemokratisch bzw. rot-grün regierten Bundesländer ernsthaft Überlegungen an, vom Weg des achtjährigen Gymnasiums wieder abzukehren. Auch die Abschaffung von Studiengebühren kann als Maßnahme gesehen werden, jungen Menschen wieder mehr Spielräume für ihre persönliche Entwicklung zu geben. Ob die Diskussionen über den Bolognaprozess in dieser Hinsicht hilfreich sein werden, muss derzeit stark bezweifelt werden.

Ansonsten ist hier auf die anstehende Neuformulierung des Kinder- und Jugendprogramms zu verweisen (siehe Unterkapitel I, 3): Es geht um grundsätzliche Anforderungen an die konzeptionelle Basis des Programms, die mit entsprechender Wirkung auf die Handlungsfelder und Finanzen eingearbeitet werden müssen.

Noch ein anderer Punkt sei hier erwähnt: Der Enquête-Bericht weist mit Blick auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels im weiteren ausführlich darauf hin, dass es eine zentrale Auf-

<sup>18</sup> Ebd., S. 203 ff.

<sup>19</sup> Ebd., S. 204.

<sup>20</sup> Ebd.

gabe der Jugendhilfe ist, besonders benachteiligte Jugendliche zu berücksichtigen, „die der gezielten Unterstützung und Förderung bedürfen“, und bemerkt, dass es in Bayern zwar „in den jeweiligen Ministerien hierzu eine ganze Reihe von Initiativen und Förderprogrammen“ gebe, dass diese allerdings in Zukunft noch besser aufeinander abgestimmt werden sollten.“<sup>21</sup>

Es ist nicht bekannt, dass dies seit Abschluss des Berichtes in irgendeiner Weise vorangekommen wäre. Es ergibt sich die grundsätzliche Frage, wer die Verantwortung dafür übernimmt, die vielen im Text „versteckten“ klugen Ideen aufzugreifen und einer Umsetzung zuzuführen. Bei einer Durchsicht des ganzen Abschlussberichts in diesem Sinne würde er sich als reiche Fundgrube erweisen.

### **2.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen**

Zur Verbesserung der Abstimmung der vielfältigen Initiativen und Förderprogramme der verschiedenen Ministerien ist es empfehlenswert, eine interministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, der auch Vertreter/innen der freien Träger der Jugendhilfe angehören und die binnen eines Jahres dem Parlament (zuständige Ausschüsse und Plenum mit Stellungnahme der Ausschüsse) ihre Ergebnisse berichtet. Offensichtlich muss aber auch dazu die Initiative erst noch vom Parlament ausgehen. Ein erster Schritt kann auch die seit Kurzem konstituierte Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms sein, in der sowohl die mit der Jugendhilfe befassten Ministerien als auch Vertreter/innen der Jugendhilfe selbst vertreten sind (siehe S. 16).

Die Thesen „Aufwachsen im Wandel“ und „Leben in Vielfalt“ stellen eine grundlegende Beschreibung der Lebenswirklichkeit von jungen Menschen heute dar. Insofern können weitergehende Umsetzungsforderungen dazu nur allgemein-theoretischer Natur sein. Dabei kann durchaus festgestellt werden, dass es weniger der schnelle Wandel ist, der den „Jungen“ Probleme bereitet, dieser ist ja eher für „Ältere“ eine Herausforderung; sehr wohl aber setzen Komplexität und Gleichzeitigkeit des Vielen und Verschiedenen höhere Anforderungen an das Erwachsenwerden.

Es muss darum gehen, jungen Menschen Unterstützung und vor allem Zeit und Spielräume für ihr Hineinwachsen in die Vielfalt und Veränderbarkeit des Lebens zu geben. Das ist eine grundsätzliche

Forderung an Erwachsene wie an alle Akteure von Politik in den Feldern, von denen Kinder und Jugendliche unmittelbar berührt sind, besonders in der Jugend- und der Bildungspolitik.

Es ist zu beobachten, dass die Integration von Erkenntnissen über gesellschaftliche Herausforderungen, mit denen Jugendliche umgehen müssen, in politische Konzepte sehr selektiv geschieht. Sie ist offensichtlich orientiert an den jeweiligen Interessen, an parteipolitischen Zielsetzungen oder an den scheinbar begrenzenden finanziellen Spielräumen, die man der Jugendpolitik als Bewegungsrahmen vorgibt. Beispielsweise gibt es jede Menge Anforderungen an junge Menschen, sich dem technischen Wandel zu öffnen, – wenn es aber etwa um die Ausstattung von Jugendeinrichtungen mit neuen technischen Medien geht, wird oft auf leere Kassen verwiesen.

Auch an anderer Stelle wird die Diskrepanz deutlich: Die heterogene Ausdifferenzierung von Werten und Orientierungen und ihr gesellschaftlicher Wandel werden grundsätzlich anerkannt, dennoch sprechen Spitzenvertreter/innen der bayerischen Staatsregierung von einer Leitkultur, der sich Menschen mit Migrationshintergrund anzuschließen hätten. Diese einheitliche Leitkultur gibt es aber nicht wirklich, auch nicht unter den Geburtsdeutschen.

Es muss also darum gehen, den Wandel, von dem junge Menschen ganz hautnah betroffen sind, zu erkennen und zu akzeptieren und ihn als Wirklichkeitsbasis konzeptionell für Jugendpolitik und Jugendarbeit wirksam zu machen.

Diese eindeutigen Empfehlungen, die Lebenswirklichkeit junger Menschen zu respektieren und in jugendpolitische Programmatik zu übersetzen, erfordert noch wesentlich stärkere Ausdifferenzierungen in den Bereichen Infrastruktur, Angebote und Maßnahmen sowie in der Beteiligung bzw. Selbstbestimmung der Betroffenen. Dem stehen aber vielfach Verengungen, Verkrustungen und bürokratische Hemmnisse weiter im Weg.

Diese grundsätzlichen Forderungen müssen deshalb in die Konzeption des neuen Kinder- und Jugendprogramms einfließen und sie müssen zu kritischer Reflexion und an einigen Stellen zur Umkehr der bildungspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre führen.

---

<sup>21</sup> Ebd.

### 3. Ein neues Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung?

#### 3.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite

Die zentrale Frage nach der Umsetzung der Handlungsempfehlungen, die im Abschlussbericht der Enquête-Kommission beschrieben sind, zielt auf die konzeptionellen Grundlagen und Handlungsanweisung der bayerischen Kinder- und Jugendpolitik, auf das „Jugendprogramm“. Es war wohl die entscheidende Motivation seitens des Bayerischen Jugendrings, sich in den Jahren 2004 und 2005 für die Einsetzung einer Enquête-Kommission stark zu machen, weil man meinte, damit die Fortschreibung des Jugendprogramms von 1998 befördern zu können. Diese Überlegung stellt sich allerdings spätestens heute als Trugschluss dar. Der Zeitraum von der Initiative zur Enquête-Kommission bis zum zukünftigen Wirksamwerden eines neuen Kinder- und Jugendprogramms dürfte beinahe sagenhafte zehn Jahre ausmachen.

Die Enquête-Kommission regt in ihrem Abschlussbericht ganz klar an, in der neuen Legislaturperiode die Ausarbeitung eines neuen Kinder- und Jugendprogramms vorrangig auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Fortschreibung soll auf den Ergebnissen der Enquête-Kommission aufbauen und deren Empfehlungen aufgreifen – und sie soll eine entsprechende bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung vorsehen. Zur Beteiligung stellt die Kommission fest, dass die betroffenen Träger der Jugendhilfe angemessen zu beteiligen seien, der Bayerische Jugendring (BJR) insbesondere bei den die Jugendarbeit betreffenden Teilen. Strittig blieb die Frage, ob die Beteiligung junger Menschen – der „Betroffenen“ – über die Strukturen des BJR bereits ausreichend gewährleistet ist. Ein eigener Beschluss dazu wurde nicht gefasst, nachzulesen in den Voten in der Fußnote.<sup>22</sup>

#### 3.2 Stand der Umsetzung

Die Forderung nach einem neuen Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung ist traditionell ein jugendpolitisches Hauptanliegen des Bayerischen Jugendrings und seiner Mitgliedsorganisationen. In der Vergangenheit ist die Initiative zur Fortschreibung immer von diesen ausgegangen. Dass eine Fortschreibung alle acht bis spätestens zehn Jahre erforderlich ist, stellt dabei eigentlich einen Konsens nicht

nur innerhalb der Jugendorganisationen, sondern auch zwischen ihnen, den Fraktionen und den zuständigen Ministerien dar. Trotzdem gestaltete sich die Umsetzung schon in der Vergangenheit immer sehr schwierig und äußerst langwierig. Das wird diesmal offensichtlich noch übertroffen. Die Zeit für ein neues Jugendprogramm ist überfällig, das alte, jetzt noch immer gültige stammt aus dem Jahr 1998.

Im Bayerischen Landtag hat es in der neuen Legislaturperiode nach langen fraktionsübergreifenden Beratungen schließlich am 18.1.2010 (also 1 ½ Jahre nach der Vorlage des Enquête-Abschlussberichts) zum Thema Kinder- und Jugendprogramm einen Antrag aller Fraktionen gegeben, der vom Plenum gebilligt wurde:

*„Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Bericht unter 4.3.12. Ziffer 1356 f. enthaltene Empfehlung der Enquête-Kommission (Drs. 15/10881) aufzugreifen, das Kinder- und Jugendprogramm der Staatsregierung von 1998 fortzuschreiben. Bei der Fortschreibung sollen die einschlägigen Ergebnisse und Empfehlungen der Enquête-Kommission berücksichtigt werden. Auf eine angemessene finanzielle Ausstattung des Kinder- und Jugendprogramms im Haushalt des Freistaats Bayern ist zu achten.*

*Zur Umsetzung der Fortschreibung soll, bei regelmäßiger Information der jugendpolitischen Sprecher, eine Arbeitsgruppe der beiden für die Jugendhilfe zuständigen Ministerien eingesetzt werden, an der die Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe angemessen beteiligt werden. Die Vertreterinnen bzw. Vertreter werden durch den Bayerischen Landesjugendhilfeausschuss benannt.“<sup>23</sup>*

Es dauerte dann ein weiteres halbes Jahr, bis sich im Juli 2010 die Arbeitsgruppe konstituierte. Dem Vernehmen nach wurde dabei über eine Gliederung für das neue Programm beraten, über die weitgehend Einigkeit erzielt werden konnte. Die Arbeitsgruppe wird sich erst nach deutlich über einem halben Jahr 2011 wieder treffen.

Für den Bereich Jugendarbeit wurden zunächst nur einige Schwerpunkte benannt: Integration, schulbezogene Jugendarbeit und das Thema Prävention vor sexueller Gewalt.

<sup>22</sup> Ebd., S.225f., Ziffer 1355f.

<sup>23</sup> Bayerischer Landtag, Drucksache 16/3169 vom 18.01.2010.

Darüber hinaus liegt seitens des Bayerischen Jugendrings ein umfassender Textvorschlag vor. Eine öffentliche Beteiligung an der Programmearbeit – also über die Arbeitsgruppe hinaus – ist bislang nicht erkennbar, ebenso wenig eine Form der Öffentlichkeitsarbeit.

Anfang November 2010 ist die einzige Information, die auf der Webseite des federführenden Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen zum Stichwort Kinder- und Jugendprogramm auffindbar ist, 12 Jahre alt und handelt vom „neuen Jugendprogramm 1998“.

### **3.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen**

Da sich das vorliegende Papier mit zentralen Belangen der Jugendarbeit befasst, sei ein Exkurs zum vorliegenden Vorschlag des Bayerischen Jugendrings angefügt, der wertvolle Handlungsempfehlungen für die Neufassung des Kinder- und Jugendprogramms enthält<sup>24</sup>. Dieser ausführliche programmatische Entwurf für den Teilbereich Jugendarbeit wurde beim 136. Hauptausschuss (dem höchsten Beschlussorgan des Bayerischen Jugendrings) vom 18. bis 20. März 2010 in der Jugendbildungsstätte Windberg in Niederbayern beschlossen. In diesem Papier werden die aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Jugendarbeit fachlich beschrieben; Finanzmittel und Personalressourcen sollen sich daraus ableiten. Bei dem Tagesordnungspunkt Jugendprogramm nutzte auch der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Dr. Marcel Huber, die Gelegenheit für eine Stellungnahme. Er kündigte an, neue Schwerpunkte in der Jugendarbeit ausweisen zu wollen. Ein erstes Ergebnis sieht der BJR darin, dass die Arbeit gegen sexuelle Gewalt nun dauerhaft im Kinder- und Jugendprogramm verankert werden soll. Bereits im Vorgriff darauf hat der BJR das Projekt PräTect ins Leben gerufen, nachdem er schon seit über einem Jahrzehnt die Problematik sexueller Gewalt verschärft in den Fokus seiner Arbeit gestellt hatte.

Der BJR-Hauptausschuss stellte seinen Entwurf für ein Jugendprogramm – Teilbereich Jugendarbeit – der Staatsregierung und der interessierten Öffentlichkeit zur weiteren Diskussion zur Verfügung und forderte als zeitliches Ziel für die Umsetzung eine Berücksichtigung im staatlichen Doppelhaushalt 2011/2012. Es sei ein Übel, dass es bisher für so wichtige Themen wie die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, zeitgemäße politische Bildung oder die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule weder

einen offiziellen Auftrag noch das nötige Geld und Personal gebe, moniert der BJR in diesem Zusammenhang. Man gehe davon aus, dass die Staatsregierung die Arbeit mit jungen Menschen nicht länger auf veraltete Annahmen gründen wolle, sondern sich fachlich begründete, neue Inhalte und Ziele zu eigen mache.<sup>25</sup>

Was die Chancen für ein neues Jugendprogramm angeht, so dürfte einigermaßen sicher gestellt sein, dass die Existenz der Arbeitsgruppe beim Sozialministerium und die Interessen der verschiedenen Akteure (Fraktionen, Bayerischer Jugendring, Landesjugendhilfeausschuss u.a.) an der Realisierung groß genug sind und es zu der Verabschiedung eines neuen Programms kommen wird. Mit welchen Inhalten ist jedoch eine andere Frage.

Insofern sind hier keine weiteren Forderungen zu stellen als die bereits formulierten: zügigeres Vorgehen, Öffentlichkeitsarbeit, breite Beteiligung und eine sachgerechte finanzielle Ausstattung. Erreicht werden kann dies alles nur, wenn laufend öffentliche Diskussionen, politischer Druck der Verbände und ein reges Interesse des Parlaments das Vorhaben begleiten.

Für die inhaltliche Ausgestaltung liegen mit dem Abschlussbericht der Enquête-Kommission seit 2008 wirklich umfangreiche und brauchbare Daten und Empfehlungen vor, die schließlich eine vom Landtag selbst einberufene Fachkommission bewertet und zusammengestellt hat. Sie müssen immer wieder in Erinnerung gebracht werden.

Ob das neue Programm sich bereits im Doppelhaushalt 2011/2012 des Freistaates Bayern niederschlagen wird, war bei Redaktionsschluss noch nicht feststellbar. Finanziell scheint aber am Ende der Doppelhaushalt 2013/2014 ein besserer Zeitpunkt, nachdem derzeit erst einmal die Scherbenhaufen der internationalen Finanzmarktkrise und speziell der Bayerischen Landesbank zusammengekehrt werden müssen. In den Ministerien scheint man nach internen Informationen schon mit diesem Zeithorizont zu planen.

---

<sup>24</sup> Bayerischer Jugendring, KdöR, Position zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms, Teil Jugendarbeit der Bayerischen Staatsregierung, Mai 2010. Download: [www.bjr.de/media/upload/Jugendprogramm\\_2010-05-18.pdf](http://www.bjr.de/media/upload/Jugendprogramm_2010-05-18.pdf) (am 22.12.2010).

<sup>25</sup> Pressemitteilung des Bayerischen Jugendrings vom 20.3.2010: „Masterplan für die Jugendarbeit: Staatsregierung kommt in die Gänge“.

## II Junges Engagement in unserer Gesellschaft

### 1. Jugendverbandsarbeit, offene Jugendarbeit und Beteiligungsformen

#### 1.1 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite

Im Kapitel 4 „Handlungsempfehlungen an die Politik“ formuliert die Enquête-Kommission „Jugendpolitische Eckwerte“.<sup>26</sup> Darin wird die große Bedeutung von Teilhabe für Kinder und Jugendliche deutlich hervorgehoben. Jugendpolitik müsse dazu beitragen, dass Jugendlichen „Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und selbstverantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens eröffnet werden“. Der „Subjektstatus von Kindern und Jugendlichen und die damit verbundenen Rechte“<sup>27</sup> seien durch Jugendpolitik zu betonen. Damit wird Teilhabe sowohl als politisch gestaltende verstanden wie auch als Teilhabe an Bildung und Wohlstand und als gesellschaftliche Integration. Die Forderung nach Teilhabe ist untrennbar verbunden mit der Vorstellung einer Gesellschaft, in der sich junge Menschen engagieren.

Im Kapitel B „Werte“ des Kommissionsberichts wird deutlich, dass bei aller nach wie vor vorhandenen Bereitschaft der jungen Generation zum gesellschaftlichen Engagement die Grundlagen dafür immer wieder neu gesichert werden müssen: politische Bildung, ein Mindestmaß an sozialer und ökonomischer Stabilität, Entwicklung des ländlichen Raums mit Zukunftsperspektiven, Unterstützung von (Laien-) Kulturarbeit bis hin zu einer besseren Partizipation in Belangen der europäischen Entwicklung.

Die Empfehlungen zum Kapitel C „Freizeit, Engagement, Beteiligung“ weisen eine weitere und sehr konkrete Liste von Vorschlägen auf, mit deren Umsetzung Jugendpolitik das Engagement junger Menschen befördern kann. Dabei wird anerkannt, dass entscheidende und vor allem umfassende Beiträge durch die vielfältigen Strukturen innerhalb der Jugendarbeit geleistet werden. Diese gelte es demnach zu stärken und zu fördern. Als notwendige Gegenstände für eine verstärkte Förderung durch die Landesebene werden im Kommissionsbericht hervorgehoben: Räume und Einrichtungen, Mitarbeiterbildungsmaßnahmen sowie die Förderung von Fachkräften und funktionsfähigen Geschäftsstellen, nicht zuletzt auch zur Unterstützung der Ehrenamtlichen.

Nicht übersehen werden sollte die Forderung der Kommission nach einer besseren rechtlichen Absicherung von Kinder- und Jugendeinrichtungen, speziell von Spielplätzen, gegen Klagen nach dem Immissionsschutzrecht. Diese Debatte wird allerdings schon seit Jahren unabhängig von der Arbeit der Kommission im Parlament geführt.<sup>28</sup>

Darüber hinaus gehe es darum, Hindernisse zum Engagement abzubauen, allen voran solche, die durch Berufstätigkeit und Ausbildung bedingt sind. Inwieweit hiermit Schulstrukturen und die bildungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre gemeint sind, wird im Einzelnen nicht ausgeführt. Die Themen G8 und Ausweitung des Unterrichts auf den ganzen Tag stehen aber im Raum.

Zu den Vorschlägen gehören Vergünstigungen für ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätige junge Menschen in verschiedenen Bereichen ebenso wie die Weiterentwicklung des „Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit“, Berücksichtigung bei Studienplatzorten und Standorten für Wehr- und Zivildienst, Aufforderungen an Unternehmen ebenso wie die Verbesserung der Leistungen der „JuleiCa“ (Jugendleiter/innen-Card) sowie Sonderregelungen im öffentlichen Dienst.

Was die Förderung des Engagements im Rahmen der Jugendarbeit anbelangt – sei es offene oder gruppenorientierte, in Jugendverbänden und -gemeinschaften oder unter kommunaler Regie – so werden Veränderungen maßgeblich beeinflusst, bestärkt oder verhindert durch die Festlegungen des neuen Kinder- und Jugendprogramms (s.o.). Auf Landesebene werden damit gleichzeitig auch die Weichen gestellt für die Finanzausstattung der nächsten Jahre. Wie die kommunalen Gebietskörperschaften – die Landkreise, Kreisfreien Städte und die Gemeinden müssen den Hauptteil der Finanzierung der Jugendarbeit leisten – die finanziellen Herausforderungen bewältigen können, war nicht Gegenstand des Abschlussberichts. Bezeichnend für die Debatten in der Kommission zu diesem Thema ist die unter Fußnote 653 dokumentierte Kontroverse zwischen der SPD-Fraktion einerseits und dem Leiter des Landesjugend-

<sup>26</sup> Bayerischer Landtag, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S.204.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Siehe z.B. [www.stmug.bayern.de/umwelt/laermschutz/doc/gesetzentwurf\\_kinderlaerm.pdf](http://www.stmug.bayern.de/umwelt/laermschutz/doc/gesetzentwurf_kinderlaerm.pdf) (Download am 22.12.2010).“

amtes sowie der CSU-Fraktion andererseits. Hintergrund war die Frage, inwieweit das Land Bayern die Kommunen bei der Finanzierung von Jugendbildungsmaßnahmen angemessen unterstützen kann und soll.<sup>29</sup>

Die Kommission hat sich zum Thema Kommunale Finanzverantwortung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in grundsätzlich ermahnender Form geäußert:

*„Eine erfolgreiche Jugendpolitik setzt [...] voraus, dass die Kommunen tatsächlich finanziell in die Lage versetzt werden, die notwendigen Leistungen zu erbringen. Deshalb schlägt die Enquête-Kommission vor, dem Jugendhilfeaufwand bei der Bemessung des kommunalen Finanzausgleiches ein stärkeres Gewicht beizumessen.“<sup>30</sup>*

## 1.2 Stand der Umsetzung

Der Fortgang bei der Erarbeitung eines neuen Jugendprogramms ist oben bereits ausführlich beschrieben. Zu all den anderen Empfehlungen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements gibt es bis Jahresende 2010 kaum Ergebnisse. Jedenfalls keine, die als zielgerichtete und bewusste Abarbeitung der Handlungsempfehlungen des Enquête-Berichts einzuordnen sind.

Schon lange ein Gegenstand auch überfraktioneller Gespräche ist das Recht von Kindern, Lärm zu verursachen, und die Einstufung einer solchen Geräuschkulisse als normale soziale Lebensäußerung. Hierzu liegt mittlerweile ein Gesetzentwurf vor, der Klagen wegen Kinderlärm verhindern soll<sup>31</sup>. Man darf gespannt sein, wie intensiv das Vorhaben voran getrieben wird.

Zum Thema junges Engagement in unserer Gesellschaft wäre noch die Diskussion über Absenkungen des Wahlalters zu zählen. Dazu hat es keinen Beschluss in der Enquête-Kommission gegeben, aber ihre Ausführungen zur Beteiligung werden zur Begründung für die Wahlalter-Absenkung mit heran gezogen, so geschehen in einem (in Ausschüssen und Plenum abgelehnten) Antrag der SPD-Fraktion „ Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre“ für Landtags- und Kommunalwahlen vom Dezember 2009, dem im März 2010 ein konkreter Gesetzentwurf folgte.<sup>32</sup>

Die Frage der Finanzkraft der Kommunen wird zwar immer wieder diskutiert, aber nicht unter dem Ge-

sichtspunkt einer Erhöhung des Finanzausgleichs Freistaat – Kommunen zu Gunsten einer besseren Förderung der Jugendarbeit. Im Mittelpunkt stehen immer die steigenden Kosten der sehr kostenintensiven „gesetzlichen Pflichtaufgaben“, etwa der Heimunterbringung. Die Förderung der Jugendarbeit wird demgegenüber unkorrekt als „freiwillige Leistung“ bezeichnet, weil das Gesetz sie nicht exakt definiert, sondern mit dem Begriff „angemessen“ beschreibt. Auch dieses Problem ist ein Dauerzustand, an dessen Lösung sich niemand heranwagt.

## 1.3 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen

Das Jahr 2011 ist von der Europäischen Union zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ ausgerufen worden – das wäre ein willkommenes Ansatzpunkt, die ganze Liste der Empfehlungen zum Thema abzarbeiten. Die Hauptforderung muss in jedem Fall lauten:

Speziell für die Umsetzung der Empfehlungen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements braucht es eine landeszentrale zuständige Stelle mit ausreichendem politischen Gewicht, ein Umsetzungskonzept oder einen Projektplan und sehr viel Engagement, Frustrationstoleranz und guten Willen. Die Anregung für ein solches Projekt muss aus der Mitte des Parlaments kommen – und zwar fraktionsübergreifend, sonst wird sie zum Spielball zwischen Regierungsfractionen und Opposition. Einzurichten wäre die Stelle beim Sozial- oder Kultusministerium oder mit offiziellem Auftrag bei einem Freien Träger, der aber – z.B. bei Verhandlungen – massiv von dem Ministerien und den Fraktionen unterstützt werden müsste.

Vor allem sollte dabei die Weiterentwicklung der JuleiCa mit mehr Bedeutung und Leistungsmerkmalen auf Landesebene ein konkretes Anliegen sein – freilich nicht unter Verzicht auf die anderen produktiven Vorschläge der Enquête-Kommission.

<sup>29</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S. 209.

<sup>30</sup> Ebd., S.226; Ziffer 1361.

<sup>31</sup> Siehe [www.stmug.bayern.de/umwelt/laermschutz/doc/gesetzentwurf\\_kinderlaerm.pdf](http://www.stmug.bayern.de/umwelt/laermschutz/doc/gesetzentwurf_kinderlaerm.pdf) (Download am 22.12.2010).“

<sup>32</sup> Bayerischer Landtag, Drucksache 16/4039 vom 4.3.2010.

### III Jugend und Migration

#### 1. Jugendliche mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Jugendarbeit

Ein weiterer Bereich, der die Enquête-Kommission intensiv beschäftigt und zu zahlreichen Empfehlungen geführt hat, war die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese gilt es bei der Formulierung einer zeitgemäßen Jugendpolitik zukünftig in stärkerem Maße zu berücksichtigen. Bevor auf die entsprechenden Leitlinien und Empfehlungen der Kommission eingegangen wird, soll anhand eines kurzen statistischen Überblicks die besondere Bedeutung dieses Aspekts der Jugendpolitik dargelegt werden.

##### 1.1 Statistische Eckdaten

Als Resultat der langjährigen und vielfältigen Zuwanderungsformen nach Deutschland haben mittlerweile über 15 Millionen Menschen – fast jede/r fünfte Einwohner/in unseres Landes – einen sogenannten Migrationshintergrund.<sup>33</sup>

In Bayern lebten 2008 mehr als 2,4 Millionen Personen mit Migrationshintergrund – dies entspricht einen Anteil von 19,3 % an der Gesamtbevölkerung (im Vergleich dazu 2005: 18,9 %). In der Rangfolge der Bundesländer mit den höchsten Bevölkerungsanteilen mit einem Migrationshintergrund bzw. einer nicht deutschen Staatsangehörigkeit befindet sich Bayern im Mittelfeld.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist wesentlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. 30 % der Kinder unter sechs Jahren verfügen über einen entsprechenden Hintergrund, während er bei den über 65-Jährigen lediglich 9 % beträgt. Aufgrund des mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 eingeführten „Optionsmodells“, verfügen diese Kinder dabei in zunehmendem Maße über die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach Berechnungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung wird im Jahre 2020 fast jede vierte Person in Bayern einen Migrationshintergrund haben. Die Bevölkerung in Bayern wird bis 2020 um rund 1 % auf 12,7 Millionen Einwohner/innen wachsen. Die Zunahme wird weitgehend von Personen mit Migrationshintergrund getragen. Für sie wird ein Anstieg von 23 % auf 3 Millionen Einwohner/innen prognostiziert. Ursache ist hierfür das relative junge Alter und die etwas höhere Geburtenrate bei Personen mit Migrationshintergrund.<sup>34</sup>

Vor dem Hintergrund dieser demographischen Entwicklung bedarf es einer wesentlich stärkeren Ausrichtung der Jugendarbeit auf diese wachsende Zielgruppe, wie auch der Abschlussbericht der Enquête-Kommission betont.

##### 1.2 Leitlinien des Berichts der Enquête-Kommission

Im Abschlussbericht der Enquête-Kommission wurden den Handlungsempfehlungen einige Leitgedanken vorangestellt, die sich im Wesentlichen auf zwei Ebenen beziehen. Grundsätzlich bestand Einigkeit darin, dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gar kein Zweifel mehr über das Ob der Integration besteht, sondern dass es vielmehr um die Gestaltung der Integration gehen müsse.

##### Lebenslagen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben grundsätzlich ähnliche Erwartungen in Hinblick auf ihre Lebensentwicklung (schulischer Erfolg, sicherer Arbeitsplatz, Familiengründung und Teilhabe an der Gesellschaft) wie ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Sie müssen aber die alterstypischen Entwicklungsaufgaben oftmals vor dem Hintergrund doppelter Identitäten bewältigen. Auch ist ihre Lebenssituation erheblich abhängig von den sozio-kulturellen Milieus ihrer Herkunftsfamilie.

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen haben Jugendliche immer wieder erhebliche Probleme, sich zurechtzufinden. Ihr teilweises Scheitern ist in den meisten Fällen auch Ausdruck nach wie vor bestehender Integrationshürden, wie sie die Kommission an verschiedenen Stellen in ihrem Bericht dokumentiert hat. Diese Probleme sind jedoch nicht primär Folgen des Migrationshintergrunds.

<sup>33</sup> Der sperrige Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ im weiteren Sinn umfasst: Personen, die nach dem Jahr 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, die damit eigene Migrationserfahrung haben (zugewanderte Ausländer/innen, zugewanderte Deutsche, darunter Aussiedler/innen bzw. Spätaussiedler/innen (nach 1993), Eingebürgerte), nicht zugewanderte Ausländer/innen, vor allem die hier aufwachsende 2. und 3. Generation, sowie nicht zugewanderte Deutsche, die eingebürgert wurden oder die mindestens einen zugewanderten Elternteil oder einen als Ausländer/in in Deutschland geborenen Elternteil haben.

<sup>34</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Pressemitteilung 289.10 vom 6.9.2010.

*„Die Ergebnisse der Enquête-Kommission zeigen, dass der weit überwiegende Teil dieser Jugendlichen mit erheblichen Problemen vorrangig in wirtschaftlich und sozial schwierigen Verhältnissen ohne echte Zukunftschancen aufwächst und sich insofern kaum von deutschen Jugendlichen in ähnlichen Konstellationen unterscheidet. Fehlende Sprachkompetenzen, ambivalente und diffuse kulturelle Zugehörigkeiten und die Orientierung an mitunter rigiden und demokratiefremden Weltbildern verstärken diese Probleme“.*<sup>35</sup>

### Jugendpolitische Herausforderungen

Es bestand in der Kommission Einigkeit darin, dass sich Jugendpolitik am Leitbild gesellschaftlicher Integration und gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe orientieren soll, mit dem vorrangigen Ausgleich von nachteiligen Startchancen. Integrationsanforderungen richten sich daher gleichermaßen an Migrantinnen und Migranten wie auch an die Aufnahmegesellschaft. Junge Menschen mit Migrationshintergrund müssen als wichtige und notwendige Mitglieder dieser Gesellschaft wertgeschätzt und dies auch so vermittelt werden. Bei der politisch wirksamen Vertretung der Sichtweisen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern ist hierbei deren heterogene Lebenssituation zu berücksichtigen.<sup>36</sup>

Laut Kommissionsbericht wäre es ein wichtiger Fortschritt, wenn

*„Jugendpolitik und in ihrem Windschatten die anderen Politikfelder stärker als bisher die Ressourcen und Potenziale junger Menschen mit Migrationshintergrund und die damit verbundenen Vorzüge und Vorteile für die Mehrheitsgesellschaft in den Vordergrund rücken und zum Ausgangspunkt der politischen und öffentlichen Debatte machen würden“.*<sup>37</sup>

### 1.3 Empfehlungen der Enquête-Kommission: Zusammenfassung und Defizite

Die Empfehlungen des Berichts zu jungen Menschen mit Migrationshintergrund bezogen sich im Wesentlichen auf bildungspolitische Aspekte. Vollkommen ausgeblendet blieben gesellschaftspolitische Fragestellungen, wie z.B. Fragen des Wahlrechts oder der stärkeren politischen Teilhabe.

Vor allem für die Vertreter/innen der CSU und einer Mehrheit der Experten/innen war und ist die Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration das

Erlernen der deutschen Sprache. Allerdings wurde auch die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und der Pflege der Muttersprache betont. Insbesondere die Vertreter/innen der Oppositionsparteien verwiesen auf die zunehmend multikulturellen Arbeitskontexte und die Folgen für eine zeitgemäße Jugend- und Bildungspolitik.<sup>38</sup>

Eine große Bedeutung bei der Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat laut Kommissions-Bericht die Elternkompetenz, gerade im Hinblick auf die Förderung der deutschen Sprache sowie der muttersprachlichen Kompetenz. Als integrationsfördernd haben sich auch Projekte bewährt, bei denen Mütter und Kinder gemeinsam in Bildungsprozesse einbezogen sind.

Eine große Rolle fällt Eltern auch in Hinblick auf die Schullaufbahn und die späteren beruflichen Weichenstellungen zu. Sie sollen in einer verständlichen Weise darin unterstützt werden, die Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Schulsystems ebenso wie in den handwerklich-technischen Berufen kennenzulernen, aber auch realistische Vorstellungen über die belastende Wirkung zu hoher Erwartungen an den schulischen Erfolg ihrer Kinder zu gewinnen.<sup>39</sup>

Um Eltern bei den Erziehungs- und Bildungsaufgaben durch frühe Förderung, Familienbildung und -beratung unterstützen zu können, fordert der Bericht die entsprechenden Einrichtungen konsequent für Familien mit Migrationshintergrund zu öffnen. Hierzu zählt auch die verbindliche Vernetzung mit Migrantinnenorganisationen und interkulturellen Stadtteilprojekten.

Damit Familien mit vor allem beidseitigem Migrationshintergrund erreicht werden können, müssen ausreichend qualifizierte muttersprachliche Ansprechpartner/innen in den Bildungsinstitutionen vorhanden sein, die die Eltern unterstützen und die Kontakte zu den Lehrkräften fördern. Hier können auch ehrenamtliche Kräfte eingesetzt und Stadtteilprojekte vernetzt werden.<sup>40</sup>

<sup>35</sup> Bayerischer Landtag, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S.224, Ziffer 1330.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S.223, Ziffer 1320-1325.

<sup>37</sup> Ebd., S.223, Ziffer 1326.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., S.223f., Ziffer 1328 und Ziffer 1333.

<sup>39</sup> Vgl. ebd., S.224f., Ziffer 1336, 1339.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., S.224, Ziffer 1331-1332.

Eine weitere Forderung bezog sich auf die Gestaltung eines positiven Schulklimas, das kulturelle Vielfalt ihrer Schülerschaft als Reichtum und nicht als Hemmnis betrachtet und somit alle Schülerinnen und Schüler wertschätzt und anerkennt. Gezielt sollten Integrationsprojekte gefördert werden, in denen junge Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich als Ansprechpartner/innen, Unterstützer/innen und Vorbilder gerade auch im schulischen Bereich gewonnen werden.<sup>41</sup>

Auch sollen Jugendliche mit Migrationshintergrund aktiv unterstützt werden, sich für eine Ausbildung oder Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren. Dies gilt besonders für das Lehramtsstudium, um dem bereits jetzt bestehenden und zukünftig noch steigenden Bedarf an Lehrkräften mit Migrationshintergrund abdecken zu können.<sup>42</sup>

Insgesamt wurde für die Politik ein erheblicher Informationsbedarf in Bezug auf die Lebenssituation, das Freizeitverhalten und die Orientierungsmuster der unterschiedlichen Gruppen junger Menschen mit Migrationshintergrund festgestellt.<sup>43</sup>

#### 1.4 Stand der Umsetzung

Aus der Enquête-Kommission sind keine direkten parlamentarischen Anträge spezifisch zur Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hervorgegangen.

Allerdings hat die bayerische Staatsregierung – u. a. mit Verweis auf die Arbeit der Enquête-Kommission – am 4. August 2009 ein Handlungskonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten beschlossen, das einige Defizite beheben soll.

Die „Aktion Integration“ der Bayerischen Staatsregierung umfasst ein sog. Zehn-Punkte-Programm, Leitlinien zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und ein Bayerisches Integrationskonzept. Die dort aufgeführten Initiativen reichen von der Verstärkung der frühkindlichen Sprachförderung, der weiteren Integration in den Arbeitsmarkt bis hin zu einer besseren Eltern- und Familienbildung.<sup>44</sup>

Unter anderem soll das bestehende Vorkursangebot Deutsch (160 Stunden) um 80 Stunden erweitert werden und spezielle Sprachförderung in der Kindertageseinrichtung im vorletzten Jahr vor der Einschulung starten.

Ein Handlungsplan für die bayerischen Schulen („Integration durch Bildung“) soll die Bildungsgerechtigkeit verbessern. Schwerpunkte sind der Ausbau und die Optimierung der Deutschfördermaßnahmen, der kulturellen Integration sowie des interkulturellen Lernens, der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus und der Vernetzung mit außerschulischen Angeboten und Partnern. Ganztagsangebote sollen erweitert, die Höchstschülerzahlen in Klassen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund reduziert und die Jugendsozialarbeit an Schulen ausgeweitet werden.

Auch soll diese Bevölkerungsgruppe verstärkt im öffentlichen Dienst tätig werden können, allerdings richtet sich die Einstellung dabei ausschließlich – und damit auch wieder einschränkend – nach den Kriterien Eignung, Leistung und Befähigung.<sup>45</sup> Dabei wird die Problematik, dass die Verleihung des Beamtenstatutes immer noch an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt ist, nicht thematisiert.

Der Aktionsplan geht von einer erfolgreichen Integration bei einer klaren Identifikation mit Deutschland durch die Einbürgerung aus. Mehrstaatlichkeit soll zur Bewahrung der nationalen Identität Deutschlands vermieden werden.<sup>46</sup>

---

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S.224, Ziffer 1337-1338.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S.224, Ziffer 1334-1335.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S.225, Ziffer 1341.

<sup>44</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Aktion Integration. Zehn Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. München 2008.

<sup>45</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Aktion Integration. Bayerisches Integrationskonzept. München 2008, S.64.

<sup>46</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Aktion Integration. Zehn Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. München 2008, S. 10f.

Die „Leitlinie“ betont „die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben“. Integration wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit folgenden Zielsetzungen verstanden:

- Erwerb der deutschen Sprache und Eingliederung in das Bildungssystem
- Einstieg, Verbleib sowie Wiedereingliederung in die Arbeitswelt
- Förderung der gesellschaftlichen Integration durch interkulturelle Ausrichtung von Regeleinrichtungen und Vereinsstrukturen und Teilhabe an deutscher Lebens- und Alltagskultur (...)
- Integrationserfolge hängen davon ab, in welchem Umfang der Einzelne Anpassungsbereitschaft zeigt und Anpassungsleistungen erbringt.<sup>47</sup>

Schwerpunkt des „Bayerischen Integrationskonzepts“ (Teil C) stellt die frühzeitige und nachhaltige Förderung der deutschen Sprache dar. Als Integrationsdefizite werden u. a. genannt:

- Ausländische Schülerinnen und Schüler sind in den Hauptschulen überrepräsentiert.
- Sie verlassen die Hauptschule eher ohne Abschluss (15,8 % gegenüber 59 %).
- Es besteht eine niedrigere Erwerbstätigenquote der Ausländer in Bayern gegenüber der Erwerbstätigenquote der Deutschen.<sup>48</sup>

Der „Handlungsplan zur Integration“ verfolgt v. a. die weitere Entkoppelung der Bildungschancen und Bildungsverläufe, eine weitere Reduzierung der Zahl der Wiederholer/innen, Schulabbrecher/innen und Schulabgänger/innen ohne Abschluss, die kontinuierliche Angleichung der proportionalen Verteilung auf Schularten und Abschlüsse der Schüler/innen mit Migrationshintergrund an den Landesdurchschnitt sowie eine Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt.

Zudem wurden einige Einzelinitiativen gestartet, wie das Stipendienprogramm für Jugendliche mit Migrationshintergrund „Talent im Land – Bayern“ mit dem Onlineberatungsnetzwerk „Wir für Bayern – Hilfe für jugendliche Zuwanderer“ oder der Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“ der Zeit-Stiftung, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie des Pädagogischen Instituts der Stadt Nürnberg.

Dies sind erste Schritte in Richtung einer Politik, die die Belange junger Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Integration stärker in den Blick nimmt.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Ankündigungen der Staatsregierung ausreichend sind, um die vorhandenen Defizite zu beheben. Die statistische Faktenlage belegt mit bedrückender Deutlichkeit, wie stark die strukturelle Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern ist. Im Folgenden wird kurz die Tragweite der Problematik umrissen, bevor weitere Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Angesichts der erdrückenden Faktenlage, die die strukturelle Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern belegt, stellt sich die Frage, ob die Ankündigungen der Staatsregierung ausreichend sind, um die vorhandenen Defizite zu beheben. Im Folgenden wird kurz die Tragweite der Problematik umrissen, bevor weitere Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Auch im Jahre 2008 gingen die meisten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nach wie vor auf die Hauptschule (60,1 % in der 8. Klasse gegenüber 28,8 % von Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund). Immerhin zeigt sich ein Rückgang, denn im Schuljahr 2005/2006 hatten noch 65,7 % der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in der 8. Klasse eine Hauptschule besucht.

Im Schuljahr 2007/08 hatten nur 7,1 % (Realschule) bzw. 6,3 % (Gymnasium) der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund.<sup>50</sup>

<sup>47</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Aktion Integration. Integrationsleitlinien. München 2008, S.12f.

<sup>48</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): Aktion Integration. Bayerisches Integrationskonzept, München 2008, S. 20-22.

<sup>49</sup> Vgl. Bayerisches Integrationskonzept, S. 28-29.

<sup>50</sup> Vgl. Heckmann, Friedrich/Lutz, Anna: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Maßnahmen. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Oktober 2010, S.77/78.

Die geringere Beteiligung an höher bildenden Schularten schlägt sich schließlich auch in der Statistik der Schulabgänge nieder (die allerdings nur zwischen Deutschen und Ausländern/innen differenziert). So verließen nur 12,8 % der ausländischen (gegenüber 31 % der deutschen) Schulabgänger/innen in Bayern im Schuljahr 2007/08 die Schule mit einer (Fach-)Hochschulreife. Obwohl sich der Prozentsatz der ausländischer Schulabgänger/innen ohne einen Hauptschulabschluss von 17,3 auf 13,5 im Schuljahr 2008 reduzierte, liegt er fast immer

noch dreimal höher im Vergleich zu den deutschen Schulabgängern/innen, die 2007/08 zu 4,4 % die Schule ohne Hauptschulabschluss verließen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass Schülerinnen und Schüler, die im Ausland geboren sind (sog. 1. Generation) mehr auf die Hauptschule und weniger auf die Realschule oder das Gymnasium gehen. Schülerinnen und Schüler der 2. Generation (d.h. in Deutschland Geborene) sind dagegen häufiger auf der Realschule und dem Gymnasium vertreten<sup>51</sup>, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

Migrationshintergrund	Generation	Schüler insgesamt	Anteil an Migranten insgesamt	Hauptschule	Realschule*	Gymnasium	sonstige Schularten
<b>Türkisch</b>	1	254	3,8 %	70,5 %	9,4 %	8,7 %	11,4 %
	2	5.108	51,2 %	66,1 %	13,4 %	11,0 %	9,5 %
<b>Russisch</b>	1	2.230	33,6 %	62,5 %	16,6 %	14,3 %	6,6 %
	2	190	1,9 %	53,2 %	17,4 %	24,7 %	4,7 %
<b>Italienisch</b>	1	135	2,0 %	55,6 %	11,9 %	17,8 %	14,8 %
	2	600	6,0 %	60,8 %	15,2 %	12,2 %	11,8 %
<b>Serbisch</b>	1	250	3,8 %	72,8 %	9,2 %	7,2 %	10,8 %
	2	427	4,3 %	60,7 %	15,9 %	10,3 %	13,1 %
<b>Kroatisch</b>	1	63	1,0 %	55,6 %	20,6 %	17,5 %	6,3 %
	2	326	3,3 %	48,2 %	23,0 %	19,6 %	9,2 %
<b>Polnisch</b>	1	238	3,6 %	65,5 %	16,4 %	13,9 %	4,2 %
	2	278	2,8 %	43,5 %	20,1 %	29,5 %	6,8 %

\* inklusive der Realschule zur sonderpädagogischen Förderung

**Tab. 1:** Relativer Schulbesuch in der Jahrgangsstufe 8 im Schuljahr 2007/08. Schülergruppen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund (Amtliche Schuldaten des bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen ISB). Quelle: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Qualitätsagentur: Bildungsbericht Bayern 2009 – 14 zentrale Ergebnisse. München 2009, S. 3.

Obwohl der Trend zu höheren Abschlüssen geht, waren 2007 nur 2,8 % der Abiturienten/innen Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Hingegen erwarben 4,1 % der Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ihre Studienberechtigung an Berufsoberschule oder Fachoberschule. Nach wie vor besteht eine immer noch geringere Übertrittsquote an Gymnasien und eine höhere Abbruchsquote der begonnenen Ausbildungsgänge von Schülerinnen und Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nutzen nach dem Erwerb eines Abschlusses – in der Regel Hauptschulabschluss – häufig die Anschlussmöglichkeiten (z.B. Realschule oder Fachoberschule).<sup>52</sup>

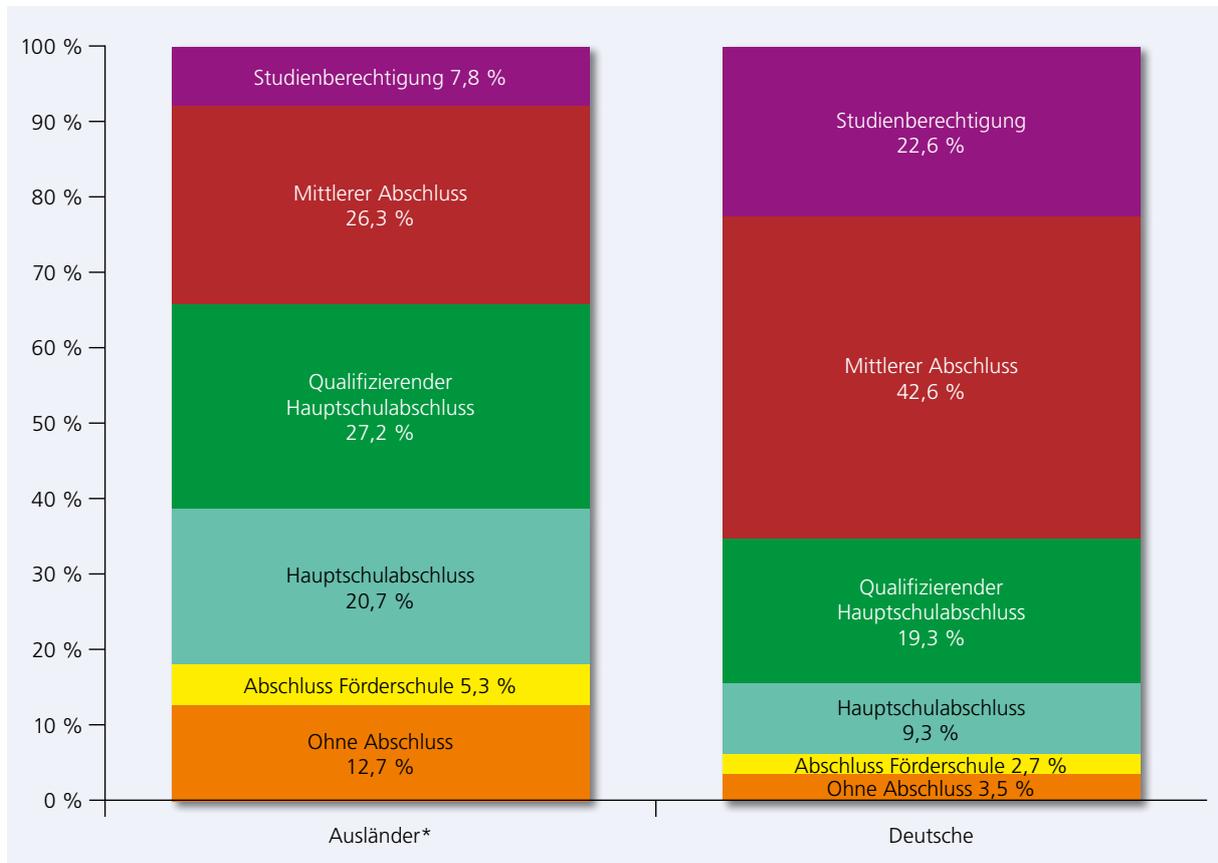
Auch für Bayern zeigt sich, „dass für Schüler ausländischer Herkunft nicht nur größere Hindernisse beim Übergang in höhere Schularten bestehen, sondern es sich für sie auch als schwieriger erweist, diese erfolgreich zu beenden“.<sup>53</sup>

<sup>51</sup> Vgl. Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung: Bildungsbericht Bayern 2009 – 14 zentrale Ergebnisse, München 2009, S.3.

<sup>52</sup> Vgl. ebd., S.6-7.

<sup>53</sup> Heckmann, Friedrich/Lutz, Anna: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Maßnahmen. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Oktober 2010, S.83.

### Schulabschlüsse von ausländischen und deutschen Schülern/innen



**Abb. 1:** Schulabschlüsse von Schulabgänger/innen allgemein bildender Schulen (inklusive Wirtschaftsschule) mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit in Prozent der Schulabgänger/innen. Schuljahr 2006/07. Ohne Anchlüsse an andere Schularten. (Amtliche Schuldaten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung; eigene Berechnungen ISB). Quelle: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Qualitätsagentur: Bildungsbericht Bayern 2009 – 14 zentrale Ergebnisse. München 2009, S. 6.

Im Jahr 2008 war die Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen Jugendlichen mit einem Wert von 15,7 % mehr als die Hälfte niedriger als die der deutschen Jugendlichen (33,0 %).

Die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund ist in Bayern mit einer zweifach höheren Armutsrisikoquote (2008: 23,2 %) als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (11,3 %) konfrontiert. Gegenüber dem Jahr 2005 zeigt sich jedoch ein geringer Rückgang (2005: 26,0 %). Bei den unter 18-Jährigen lag die Armutsrisikoquote in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahre 2008 mit 26,2 % gegenüber 11,7 % in der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund doppelt so hoch.

In diesen Zahlen zeigt sich sowohl individuelle als auch jugend- und gesellschaftspolitische Relevanz, denn

*„insgesamt lässt sich die Arbeitsmarktsituation von Personen mit Migrationshintergrund als eine zentrale Größe für die strukturelle und nachgelagert auch für die soziale und identifikative Integration begreifen.“<sup>54</sup>*

Die Herausforderungen, die sich hinter den dargelegten Zahlen verbergen, sind also groß. Umso größer müssen auch die Anstrengungen der Politik sein. Im Folgenden sollen hierzu weitere Handlungsempfehlungen gegeben werden.

<sup>54</sup> Ebd., S.138.

### 1.5 Forderungen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen:

Die Enquête-Kommission hat sicherlich dazu beigetragen, dass erstmals der Fokus auf die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die jugendpolitischen Implikationen gelegt worden ist. Besonders die Diskussion mit betroffenen Jugendlichen hat den Blick für die spezifischen Bedingungen und die unterschiedlichen Lebenslagen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund geschärft. Die Arbeit hat auch entsprechende Aktivitäten und Pläne der bayerischen Staatsregierung beeinflusst.

Trotz des verabschiedeten Aktionsplans und der Leitlinien gibt es jedoch angesichts der dargelegten strukturellen Benachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin Defizite in der Migrationsdebatte und konkreten Handlungsbedarf.

Grundsätzlich bedarf es in unserer Gesellschaft eines anderen Verständnisses für die Bedeutung der Zuwanderung für Bayern und Deutschland.

Das Prognos-Institut<sup>55</sup> hat im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft errechnet, dass bis 2015 in Bayern bereits 520.000 qualifizierte Arbeitnehmer/innen fehlen mit der Folge, dass Ingenieure/innen, Krankenschwestern und Azubis demnächst Mangelware sein werden. Probleme wird es auch in der Schule geben, denn nach der Prognose werden 2015 schon zehn Prozent aller Lehrerstellen nicht mehr besetzt werden können. Zuwanderung ist also notwendig für die Gestaltung Bayerns.

Zuwanderung ist darüber hinaus als Bereicherung für die Gesellschaft zu sehen und das Potential der Migranten/innen entsprechend zu würdigen. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind Deutschlands und Bayerns größtes neu zu erschließendes Bildungspotential.

Basis der Zuwanderung bilden das Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes und die Bereitschaft zum Erwerb und Gebrauch der deutschen Sprache. Integration ist jedoch mehr als Deutsch zu lernen. Vielmehr bedeutet sie auch die aktive Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben und die Anerkennung als gleichberechtigter Partner, wie es ganz deutlich der Nationale Integrationsplan aus dem Jahre 2007 betont hat. Daraus leiten sich eine Unterstützung der Zuwanderer/innen durch Staat und Gesellschaft, gleiche Chancen auf gute Bildung,

aber auch die Anerkennung ethnisch-religiöser Pluralität ab.

Während die Staatsregierung einige Verbesserungen z.B. im schulischen Bereich angestoßen hat (wobei jedoch auch hier weiterhin die Notwendigkeit besteht, auf eine umfassende Umsetzung und ausreichende Finanzierung zu pochen), bleibt die außerschulische Dimension in der bisherigen Jugendpolitik weitgehend unterbelichtet. Vor diesem Hintergrund können folgende Empfehlungen für das weitere Vorgehen in der Politik für Jugendliche mit Migrationshintergrund dargelegt werden, die über die bisherigen Aktivitäten der bayerischen Staatsregierung hinausgehen bzw. in einzelnen Bereichen noch stärkere Akzente setzen:

1. Auch wenn vor kurzem erstmals eine umfassende Studie zum Migrationsgeschehen in Bayern veröffentlicht worden ist<sup>56</sup>, besteht dennoch erheblicher Informationsbedarf in Bezug auf die Lebenssituation, das Freizeitverhalten und die Orientierungsmuster der unterschiedlichen Gruppen junger Menschen mit Migrationshintergrund. Hier sollten entsprechende Forschungen in Auftrag gegeben und dem Fachpublikum sowie den politischen Entscheidungsträgern/innen zur Verfügung gestellt werden.
2. Gerade in Hinblick auf die Migrationssituation und die unterschiedlichen Milieus und Lebenslagen ist eine differenzierte und individuelle Herangehensweise unerlässlich. Aktuelle, auch von politischen Entscheidungsträgern/innen geführte Debatten um eine „deutsche Leitkultur“ und die Frage der „Assimilierungsfähigkeit“ bestimmter Kulturkreise sind kontraproduktiv und vergiften unnötig das migrationspolitische Klima.
3. Der Ausbau und die Förderung der aktiven und passiven Mitgestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten für junge Migranten/innen in Gesellschaft und Politik müssen wesentlich aktiver vorangetrieben werden. Damit verbunden ist eine

<sup>55</sup> Vgl. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (Hrsg.): ARBEITSLANDSCHAFT 2030 – Steuert Deutschland auf einen generellen Personalmangel zu? Eine Studie der Prognos AG, Basel. Information bwv, 1/2008.

<sup>56</sup> Heckmann, Friedrich/Lutz, Anna: Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Maßnahmen. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.). Oktober 2010.

- Öffnung der Verbände und die gleichberechtigte Mitgestaltung der Strukturen. Hierzu zählt die interkulturelle Öffnung (inklusive kultursensibler Ausrichtung) der Verwaltung genauso wie mehr Mitgliedschaften und Beteiligungen in Vereinen, speziell auch in Jugendverbänden. Insbesondere muss die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen entsprechend ihrem steigenden Anteil an der Bevölkerung auch in den Strukturen besser vertreten sein als bisher. Hierzu müssen auch mehr ehrenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren unter den Jugendlichen ausgebildet werden.
4. Die Befähigung zur interkulturellen Kompetenz ist noch viel stärker als bisher in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit als Querschnittsansatz zu stärken.
  5. Die weitere Förderung der deutschen Sprache als zentrales Element zur Integration muss hohe Priorität haben, insbesondere mit Blick auf die Frühförderung. Dies sollte vor allem auch durch ein verpflichtendes und kostenfreies letztes Kindergartenjahr realisiert werden. Denn in dieser Lebensphase werden Grundlagen für soziale Kompetenz und Integrationsfähigkeit gelegt. Der Spracherwerb soll ergänzt werden durch die Stärkung des muttersprachlichen Ergänzungunterrichts.
  6. Strukturelle Veränderungen des Bildungssystems sind notwendig, um Bildung als Voraussetzung zur Chancengleichheit in der Gesellschaft zu ermöglichen. Hierzu zählen:
    - mehr individuelle Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hierzu bedarf es einer weiteren verstärkten Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern/innen und Migrationsverbänden. Im Hinblick auf die Elternunterstützung sollte der Fokus auf der Beratung zu Schul- und Berufsabschlüssen liegen, denn Untersuchungen zeigen, dass Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund die bedeutsamen Weichenstellungen im Bayerischen Bildungssystem oft nicht richtig einschätzen können.
    - Das dreigliedrige Schulsystem muss grundlegend in Richtung einer längeren gemeinsamen Schulzeit reformiert werden. Die Schulpflicht muss für alle Kinder und Jugendliche gelten – mit und ohne regulärem Aufenthaltsrecht.
  - Der Ausbau von Ganztagschulen muss wesentlich konsequenter vorangetrieben werden, als das bis jetzt der Fall ist, um möglichst zeitnah einen gesetzlichen Anspruch auf einen Ganztagsschulplatz realisieren zu können. Denn Ganztagschulen bieten den notwendigen Raum zur Vermittlung interkultureller Kompetenzen und Erfahrung.
  7. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Anteils von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung ist die Anstellung von mehr Betreuungs- und Erziehungspersonal mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen unabdingbar. Dies betrifft sowohl den schulischen als auch den außerschulischen Bereich. Mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund sowie interkulturelle Lehrerbildung sind unerlässlich. Hierzu müssen auch Lehrkräfte aus dem Ausland gewonnen werden, wobei es zu überdenken gilt, ob die Koppelung des Beamtenstatus von Lehrern/innen an die deutsche Staatsbürgerschaft angesichts der beschriebenen Notwendigkeiten noch haltbar ist.
  8. In Hinblick auf schulische und berufliche Abschlüsse sind eine gesetzlich verankerte Anerkennung von Schul- und eine verbesserte Anerkennung der Berufsabschlüsse aus dem Ausland – insbesondere außerhalb der EU – erforderlich. Im Übergang von Schule zu Berufsausbildung müssen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, Jugendliche mit Migrationshintergrund einzustellen und ihr Potential wertzuschätzen.
  9. In den schulischen Curricula sollten Migrationsgeschichte und kulturelle Bildung stärker verankert werden.<sup>57</sup>
  10. Schließlich sollten Migrantenselbstorganisationen in ihrer Funktion als Bindeglied gestärkt und gefördert werden, insbesondere in Hinblick auf die Professionalisierung ihrer Strukturen aber auch durch finanzielle Unterstützung bei den notwendigen Eigenanteilen für Projektförderungen.

<sup>57</sup> Vgl. u. a. auch SPD-Leitlinien vom 12.07.2010 zur Migration.

## IV Grundsätzliche Überlegungen zur Umsetzung des Enquête-Berichts – Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Die vorangegangene Darlegung ausgewählter Empfehlungen des Enquête-Berichts sowie die kritische Analyse ihrer Umsetzung verweisen auf grundlegende Defizite im Zusammenspiel von Politik und Verwaltung, von Parlament und Regierung im Umgang mit den Ergebnissen einer vom Parlament eingesetzten Kommission.

Aus dieser Erkenntnis stellt sich die Frage, ob es überhaupt ein geklärtes Verfahren und definierte Zuständigkeiten für den Umgang mit Ergebnissen von Enquête-Kommissionen gibt. Die vorliegende Analyse lässt vermuten, dass die weitere Verfolgung solcher Ergebnisse dem Engagement der einzelnen Abgeordneten anheimgestellt ist. Ihre Möglichkeiten scheitern dann oft am Interesse der Fraktionen, an den Einsprüchen der Haushälter/innen und an den Mehrheiten.

Für den Bericht insgesamt sind also eine Umsetzungsstrategie und eine Klärung von Verantwortung zu fordern.

Nimmt man die Regierung als Adressaten, so wird sich zeigen, wie der im Kommissions-Bericht geforderte „Bericht zur Umsetzung“ aussehen wird: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Mitte der Legislaturperiode dem Landtag einen Bericht über die Umsetzung dieser Empfehlungen zu erstatten“.<sup>58</sup>

Dass die Verantwortung zur Umsetzung im wesentlichen bei der Staatsregierung liegt, darauf hat im Rahmen der abschließenden Behandlung des Berichts im Plenum des Bayerischen Landtags der damalige Staatssekretär im Kultusministerium, Bernd Sibler, selbst hingewiesen: „[...] nun als einer, der ähnlich wie die Kollegin Melanie Huml zentral gefordert sein wird, die Dinge umzusetzen.“<sup>59</sup>

Wenige Monate später war Herr Sibler aber nicht mehr Staatssekretär und die Kollegin hatte das Ressort gewechselt. Es ist bedauerlich, dass es niemanden und vor allem keine Stelle gibt, die offiziell damit betraut ist, die Abarbeitung des gesamten Berichts zu koordinieren, damit in allen Ressorts die Themen behandelt werden. Einen diesbezüglichen Landtagsbeschluss gibt es nicht.

Diese Tatsache wird die geforderte Berichterstattung durch die Staatsregierung erschweren. Viel Zeit bleibt dafür nicht mehr, die von der Enquête geforderte Berichterstattung „zur Mitte der Legislaturperiode“ müsste kalendarisch im März 2011 erfolgen. Dass man weiterhin von diesem Termin

ausgeht, wurde im Rahmen einer Diskussion<sup>60</sup> zu einem SPD-Antrag deutlich, der einen vorgezogenen Bericht verlangte und abgelehnt wurde mit dem Verweis auf den Termin zur Mitte der Legislaturperiode.

Überraschend ist auch die teilweise bestehende Unklarheit über die grundsätzliche Bedeutung und die Konsequenzen der Enquête-Empfehlungen, die im Verlauf der genannten Plenardiskussion zu Tage traten.<sup>61</sup>

Nach Aussage des damaligen Enquête-Vorsitzenden Zellmeier haben sich jedoch die Fraktionen darauf geeinigt, zu einzelnen Punkten des Berichts immer wieder gezielte Arbeitsaufträge zu erteilen. Die Staatsregierung habe zugesichert, bei der Bearbeitung bestimmter Themen immer wieder auf die Empfehlungen des Berichts zurückzugreifen, was nach internen Informationen auch geschieht.

Fraktionen, die bestimmte Empfehlungen der Enquête-Kommission umsetzen wollen, müssen also entsprechende Anträge in den Landtag einbringen.

<sup>58</sup> Bayerischer Landtag, Bericht der Enquête-Kommission: Jungen in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S.226, Ziffer 1359.

<sup>59</sup> Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 15/130 vom 17.07.2008.

<sup>60</sup> Bayerischer Landtag, Protokoll Ausschuss Bildung, Jugend, Sport vom 8.7.2010.

<sup>61</sup> Vgl. Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 15/130 vom 17.07.2008.

Damit liegt der Ball – den der ehemalige Staatssekretär schon aufgenommen hatte – wieder im Spielfeld der Parlamentarier/innen. Alle in der Enquête mühsam im Konsens erreichten Voten sind also dem normalen Spiel zwischen Koalitionsfraktionen und Opposition ausgeliefert.

Mit der Formulierung, dass bei Bearbeitung bestimmter Themen immer wieder auf die Empfehlungen zurückgegriffen werde, ist es von außen schier unmöglich, zu beurteilen, welche der Vorschläge nun geprüft, verworfen oder für gut befunden wurden und werden oder welche gar in eine Umsetzung münden. Insofern gewinnt der Zwischenbericht für eine umfassende Bilanzierung an Bedeutung. Über-

zeugend ist allerdings bereits jetzt, dass die in der Arbeit der Enquête beteiligten Ministeriumsmitarbeiter/innen von der Bedeutung und Qualität des Abschlussberichts so überzeugt sind, dass sie ihn schon deshalb gerne als Argumentationsgrundlage in verschiedenen Arbeitszusammenhängen verwenden, wie in vertraulichen Gesprächen berichtet wird.

Den Kernpunkt der Umsetzungsarbeit stellt – wie schon wiederholt genannt – ein neues Kinder- und Jugendprogramm dar. Aus diesem Programm werden sich dann – auch mit Blick auf seine finanzielle Ausstattung – ebenfalls weitere Erkenntnisse gewinnen lassen, was mit den Arbeitsergebnissen der Enquête-Kommission geschehen ist.

### **Kleine Schritte – Einzelinitiativen zum Enquête-Bericht**

Bei der Durchsicht einzelner Aktivitäten, die mit der Arbeit der Enquête-Kommission in Verbindung stehen, sind noch einige Initiativen zu nennen, die aber alle kein Gesamtkonzept erkennen lassen.

Natürlich gibt es bei den jährlichen Haushaltsberatungen Anträge, welche geeignet sind, Forderungen des Berichts umzusetzen. Sie bewegen sich aber entweder im marginalen finanziellen Bereich und werden mit Koalitionsmehrheit beschlossen, oder sie weisen angemessene Beträge auf, finden aber als Oppositionsanträge keine Mehrheit. Zuletzt war dies wieder im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2009/2010 zu beobachten.<sup>62</sup>

Eine Weiterentwicklung haben – ebenfalls eher unabhängig von den Erkenntnissen und Mahnungen der Enquête, aber ihren Zielen durchaus entsprechend – die Felder Ganztagschule, Nachmittagsbetreuung und Schulsozialarbeit erfahren. Diese Themen im Lichte der sehr kontroversen Diskussionen in der Enquête zu spiegeln und in ihren komplexen Bezügen zu Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie den schwierigen finanziellen Verhandlungen und Regelungen – das wäre noch ein ganz eigenes umfangreiches Thema, das den Rahmen dieses Papiers sprengt.

Aus der SPD-Fraktion stammt eine Anfrage vom März 2010 zur Förderung von Kinderkulturprojekten. Die Enquête-Kommission hatte empfohlen, so die Begründung des Antrags, dass die Länder sich angemessen an der Finanzierung der außerschulischen kulturellen Bildung als öffentliche Gemeinschaftsaufgabe beteiligen sollten. In der Antwort zur Anfrage durch das Kultusministerium wird auf ein ausgelaufenes Fachprogramm und derzeit nicht vorhandene finanzielle Spielräume verwiesen<sup>63</sup>.

Eine weitere Initiative der SPD-Fraktion im April 2010 schlägt sich in einem Antrag zum Thema Arbeitsmarkt für junge Menschen nieder. Darin wird

*„die Staatsregierung aufgefordert, im entsprechenden Fachausschuss über ihre Umsetzung der zitierten Forderungen der JugendEnquête und ihre Strategie zur Verhinderung von geringfügiger Beschäftigung, befristeten Jobs und Leiharbeit mit schlechter Bezahlung für Jugendliche und junge Erwachsenen zu berichten.“<sup>64</sup>*

Anlass dafür sei die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen, vor allem bei Jugendlichen.

<sup>62</sup> Bayerischer Landtag, Drucksache 16/741 vom 19.02.2009.

<sup>63</sup> Bayerischer Landtag, Drucksache 16/3455 vom 10.03.2010.

<sup>64</sup> Bayerischer Landtag, Drucksache 16/4673 vom 22.04.2010.

Will man die Bearbeitung der vielen anderen Handlungsempfehlungen der Kommission, strukturiert nachvollziehen, erscheinen drei Möglichkeiten für das weitere Vorgehen vorstellbar. Allen gemeinsam ist, dass sie voraussetzen, dass in den Fraktionen personelle Ressourcen dafür bereit gestellt werden:

Die Fraktionen definieren **erstens** die für sie wesentlichen Themen und Empfehlungen und erstellen einen Umsetzungsplan, der dann – wo möglich fraktionsübergreifend – sukzessive im parlamentarischen Betrieb umgesetzt wird mit Anfragen, Anträgen und Interpellationen. Damit nehmen sie die Aufforderung der Enquête-Kommission an, nach der

*„die Fraktionen des Bayerischen Landtags [...] gebeten [werden], jugendpolitische Themen mit dem Instrument der Interpellation zum Gegenstand der Landtagsarbeit zu machen.“<sup>65</sup>*

Die Fraktionen und auch die Verbände stellen **zweitens** die Öffentlichkeit her, die der Bericht verdient hat und die erforderlich ist, um die für die Umsetzung notwendige Aufmerksamkeit und Beteiligung zu erzeugen.

Zum **dritten** muss man die im Frühjahr 2011 anstehende Berichterstattung der Staatsregierung zur Umsetzung als Chance begreifen, einer Neuorientierung der Jugendpolitik im Sinne des Enquête-Berichts neuen Anschub zu verleihen. Das wird jedoch nicht von alleine geschehen, sondern bedarf einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Bericht und einer anschließenden kontinuierlichen Beobachtung und Begleitung weiterer Schritte.

Mit einem solchen Vorgehen der Fraktionen und der Verbände würde der Staatsregierung signalisiert, dass eine ernsthafte und stringente Umsetzung der Ergebnisse des Enquête-Berichts erwartet, begleitet und überprüft wird. Für die Kräfte in den Ministerien, die den Bericht als Chance für eine innovative Jugendpolitik in Bayern begreifen, wäre dies eine große Unterstützung. Letzten Endes wird diese vor allem gebraucht, um die erforderlichen Finanzmittel für ein neues Jugendprogramm politisch durchzusetzen. Das wäre das entscheidende Signal der Staatsregierung, dass es ihr mit jugendpolitischer Verantwortung ernst ist.

---

<sup>65</sup> Bayerischer Landtag, Bericht der Enquête-Kommission: Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881, S. 226, Ziffer 1360.

## Literaturverzeichnis

**Bayerischer Jugendring, KdöR:** Position zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms, Teil Jugendarbeit der Bayerischen Staatsregierung, Mai 2010. Download: [www.bjr.de/media/upload/Jugendprogramm\\_2010-05-18.pdf](http://www.bjr.de/media/upload/Jugendprogramm_2010-05-18.pdf) (am 22.12.2010).

**Bayerischer Landtag, 15. Wahlperiode, Bericht der Enquête-Kommission:** Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen, Drucksache 15/10881.

**Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.):** Aktion Integration. Bayerisches Integrationskonzept. München 2008.

**Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.):** Aktion Integration. Integrationsleitlinien. München 2008.

**Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.):** Aktion Integration. Zehn Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. München November 2008.

**Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.):** Soziale Lage in Bayern 2010. München 2010.

**Heckmann, Friedrich/Lutz, Anna:** Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Maßnahmen. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.). Oktober 2010.

**Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Qualitätsagentur:** Bildungsbericht Bayern 2009 – 14 zentrale Ergebnisse, München 2009.

**Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (Hrsg.):** ARBEITSLANDSCHAFT 2030 – Steuert Deutschland auf einen generellen Personalmangel zu? Eine Studie der Prognos AG, Basel. Information vbw, 1/2008.

## Die Autoren



### **Gerhard Engel**

geboren 1952 in Bayreuth, ist in und um München aufgewachsen und hat dort bis 2005 gelebt, heute wohnt er in Hösbach im Landkreis Aschaffenburg, Unterfranken.

Nach dem Abitur 1972 studierte er Geschichte, Germanistik und evangelische Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und schloss mit dem Staatsexamen für Lehramt an Realschulen als Religionsphilologe ab. Nach dem Referendariat in München, Erlangen und Amberg, arbeitete Gerhard Engel als Lehrer an der Friedrich-List-Wirtschaftsschule München und an der Gesamtschule Geretsried.

Von 1979–1989 war Gerhard Engel ehrenamtlicher Landesvorsitzender der Evangelischen Jugend in Bayern, von 1989 bis 2001 hauptamtlicher Präsident des Bayerischen Jugendrings, KdÖR.

Seit 2002 ist er selbständig tätig in den Bereichen Politikberatung, Organisationsberatung und -coaching sowie in der Bildungsarbeit, u.a. für die Enquêtekommission des Bayerischen Landtags „Jungsein in Bayern“ von 2005–2008.

Darüber hinaus ist Gerhard Engel ehrenamtlich in zahlreichen Organisationen und Funktionen aktiv, z.B. in Jugendarbeit, Sport, Politik, Umweltschutz und Medienarbeit.



### **Dr. Stefan Rappenglück**

ist Politikwissenschaftler und vertritt derzeit die Professur für Politikwissenschaften/Gemeinschaftskunde an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Gmünd und die Professur Politikwissenschaften an der Hochschule München.

In seiner ehemaligen Funktion als Leiter der Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ am Centrum für angewandte Politikforschung München war er einer der externen Sachverständigen der Enquête-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“. Er war jahrelang in der kirchlichen Jugendarbeit aktiv. Seine Arbeitsgebiete sind u.a.: Politische Jugend- und Erwachsenenbildung, Europa, Migration und Rechts extremismus.

# BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Politische Bildung stärkt die Demokratie

Das BayernForum ist das Bildungsbüro der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung für München, Oberbayern und Schwaben. Das Angebot des BayernForums wird ergänzt durch die Arbeit der Akademie Frankenwarte in Würzburg, der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel und des FES-Regionalbüros in Regensburg.

Ermutigung und Befähigung zum bürgerschaftlichen Engagement und zum politischen Ehrenamt – dies ist das Leitziel der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine gemeinnützige, private und kulturelle Einrichtung, die den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet ist. Sie ist die älteste politische Stiftung in Deutschland. Gegründet wurde sie 1925 im Vermächtnis Friedrich Eberts, des ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten.

### Die Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung sind vor allem:

- politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im demokratischen Geist
- Förderung der internationalen Verständigung und der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern
- Förderung von Studierenden und NachwuchswissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland durch Stipendien
- wissenschaftliche Forschung und Beratung
- Förderung von Kunst und Kultur als Elemente einer lebendigen Demokratie

### Das Arbeitsprogramm des BayernForums konzentriert sich auf folgende Projekte:

- Forumsveranstaltungen zum Dialog von Politik und Gesellschaft
- Tagesseminare und Workshops, besonders zur Unterstützung von landes- und kommunalpolitisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern Bayerns
- Landespolitische Gesprächskreise, z. B. Münchner Mediengespräche, Forum Bildung macht Schule, Unternehmerinnen Roundtable, Managerkreis Bayern, Forum Migration und Integration, Forum Europa in der Welt, Forum Familie und Gender, Forum Soziale Demokratie, Forum Sozialpolitik
- Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“
- Jugend und Politik
- Akademie für Bürgerengagement

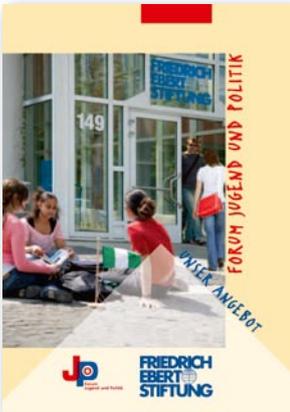
Das aktuelle Programm des BayernForums finden Sie auf unserer Homepage [www.bayernforum.de](http://www.bayernforum.de), das bundesweite Angebot unter [www.fes.de](http://www.fes.de)

---

### Kontakt

BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Prielmayerstr. 3, 80335 München  
Tel.: 089/51 55 52 40, Fax: 089/51 55 52 44  
E-mail: [bayernforum@fes.de](mailto:bayernforum@fes.de), Internet: [www.bayernforum.de](http://www.bayernforum.de)

# Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung



## Unser Angebot

Forum Jugend und Politik



## Planspiel Kommunalpolitik

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen!

Weitere Informationen zu unserer Jugendarbeit finden Sie unter:  
[www.fes.de/forumjugend](http://www.fes.de/forumjugend) oder [www.bayernforum.de/\\_jugendundpolitik](http://www.bayernforum.de/_jugendundpolitik)

# Weitere Publikationen des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung



Jürgen Heckel

## Kommunizieren lernen ...

Anregungen  
zur Selbsthilfe



Prof. Dr. Jutta Schöler  
Prof. Dr. Kerstin Merz-Atalik  
Dr. Carmen Dorrance

## Auf dem Weg zur Schule für alle?

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich: Vergleich ausgewählter europäischer Länder und Empfehlungen für die inklusive Bildung in Bayern



Herausgegeben vom  
BayernForum der Friedrich-  
Ebert-Stiftung

## Medien und Politik

50 Münchner  
Mediengespräche



Thomas Beyer

## Solidarität statt sozialer Kälte

Lage und Perspektiven  
der Sozialpolitik in Bayern

Die Publikationen können kostenfrei angefordert werden über [bayernforum@fes.de](mailto:bayernforum@fes.de)





**Committed to excellence**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im  
Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM  
(European Foundation for Quality Management):  
Committed to Excellence

BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung:  
Alina Fuchs M.A.  
Horst Schmidt M.A.  
Sekretariat:  
Christa Hille, Tilmann Janner,  
Brigitte Schurer, Marie-Luise Tremmel  
Tel.: 089/51 55 52 40  
Fax: 089/51 55 52 44  
E-mail: [bayernforum@fes.de](mailto:bayernforum@fes.de)  
Internet: [www.bayernforum.de](http://www.bayernforum.de)